

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

90 (19.4.1921)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugpreis: Durch unsere Träger h. — A. einschließlich 50 A. Postlaufuhr: bei Abholung in der Geschäftsstelle und in 14 Tagen 4 00 A. Durch die Post bezogen 4 50 — ohne Ausgabe u. Postlaufuhr monatlich 3 25 A. Einzelhefte 25 A.

Anzeigen: Die Abgabe von Anzeigen 1. — 4. Die Abgabe von Anzeigen 5. — 10. Die Abgabe von Anzeigen 11. — 15. Die Abgabe von Anzeigen 16. — 20. Die Abgabe von Anzeigen 21. — 25. Die Abgabe von Anzeigen 26. — 30. Die Abgabe von Anzeigen 31. — 35. Die Abgabe von Anzeigen 36. — 40. Die Abgabe von Anzeigen 41. — 45. Die Abgabe von Anzeigen 46. — 50. Die Abgabe von Anzeigen 51. — 55. Die Abgabe von Anzeigen 56. — 60. Die Abgabe von Anzeigen 61. — 65. Die Abgabe von Anzeigen 66. — 70. Die Abgabe von Anzeigen 71. — 75. Die Abgabe von Anzeigen 76. — 80. Die Abgabe von Anzeigen 81. — 85. Die Abgabe von Anzeigen 86. — 90. Die Abgabe von Anzeigen 91. — 95. Die Abgabe von Anzeigen 96. — 100.

### Zur Regierungsbildung in Preußen

Berlin, 18. April. Ministerpräsident Stegerwald legte gestern seine programmatischen Vorschläge mit den Versprechungen fort, die er zur Übernahme von Ministerien ausgedrückt hatte. Für heute vormittag sind weitere Verhandlungen anberaumt. Das Ministerium dürfte erst im Laufe des heutigen Tages fertiggestellt werden, und sich morgen dem Landtage vorstellen.

Die „Der Deutsche“ mitteilt, steht Stegerwald noch immer vor einer unlöslichen Aufgabe. Er wird nichts unversucht lassen, um seine Mission zu Ende zu führen.

Das „Berliner Tageblatt“ weiß bereits folgende Ministerliste anzugeben: Stegerwald Ministerpräsident und Vizepräsident; Ammannhoff Justiz, Fischel Dantes und vier Beamte, nämlich Dr. Luther, Herrmann, Staatssekretär Dr. Wermuth, Landwirt, Graf Höderer, Finanz- und Staatssekretär für den Unterricht. Diese Zusammenstellung könne aber noch nicht als endgültig angesehen werden, da die Sozialdemokraten daran festhalten, ein solches Ministerium mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen und die Demokraten, die einem von der Sozialdemokratie beauftragten Kabinett nicht angehören und nicht aus dem Ministerium zurücktreten wollen. Auch der Staatssekretär Beder hat laut „Vorwärts“ erklärt, daß er in keinem Falle in ein gegen die Sozialdemokratie gerichtetes Kabinett eintreten werde.

### Die Vorkämpfer und Pläne der Entente

Berlin, 19. April. Nach einer Meldung des „Berliner Volksboten“ aus Brüssel haben wegen der bevorstehenden Eröffnung der französischen Forderung der Vorlieber des Ludwigsbader Hauptpostamtes und der zu seinem Nachfolger bestimmte Vorlieber des Hauptpostamtes Kaiserlautern ihren amtlichen Sitz freiwillig verlassen, weil sie es mit ihrem Gewissen und ihrem deutschen Dienste nicht vereinigen konnten, daß von den Franzosen verlangte Dienstleistungen zu entsprechen.

London, 18. April. „Daily Mail“ berichtet, das Reparationsgesetz mit seiner 50prozentigen Einfuhrabgabe fühle dem englischen Handel einen so ersten Schaden zu, daß die Forderung der englischen Handelskammer nach Aufhebung des Gesetzes der Abänderung seiner Durchführungsfrist Tag wachse.

London, 18. April. „Daily Telegraph“ meldet, daß zwischen Frankreich und seinen Alliierten ein Gebirgsaustausch über die Fragen weiterer Schwangerschaften im Gange ist.

London, 18. April. (Mentor.) Lord Georges sagte im Unterhaus, Deutschland ist noch im Versuch, sich der Erfüllung des Versprechens wegen der Kriegsschuldigkeiten und der Entlastung. Es habe bisher keine Neigung gezeigt, praktische Vorschläge zur Ausfüllung des Friedensvertrages in diesen Punkten vorzulegen. Es sei daher die abgeleitete Pflicht der Alliierten, über weitere Schritte eine Konferenz einzuberufen. Es könnte sich als notwendig erweisen, die Unterwerfung unter die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erzwingen.

### Die Entente verlangt Auslieferung der deutschen Goldbestände

Berlin, 18. April. Wie die Telegraphenunion von zuverlässiger Stelle erzählt, ist seitens der Reparationskommission in Paris an den Vorsitzenden der deutschen Kriegsschuldenkommission in Brüssel (jedoch in offizieller Form) die Aufforderung gerichtet worden, die Goldbestände der Reichsbank und der übrigen deutschen Notenbanken bis zum 1. Mai nach Belgien im besetzten Gebiet, etwa Köln oder Aachen, zu überführen. Diese Maßnahmen sollen die Sicherheit für die deutschen Leistungen auch nach dem 1. Mai gewährleisten. Die deutsche Regierung soll sich verpflichten, ohne Zustimmung der Reparationskommission über diese Goldbestände nicht zu verfügen. Die schriftliche Übermittlung dieser Forderung ist noch aus. Jedenfalls kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Forderung von deutscher Seite nicht entgegen werden kann. Der Standpunkt der deutschen Regierung in dieser Frage ist wiederholt dargelegt worden und geht davon aus, daß es sich bei den Goldbeständen um Privateigentum handelt, das der Reichsbank gehört und nicht dem Staat.

### Konferenz der Ernährungsminister

Bremen, 18. April. Die Konferenz der Ernährungsminister, die heute unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Gerners zusammengetreten ist, erregt Aufmerksamkeit darüber, daß die bisherige Form der Milchlieferung nicht aufrecht erhalten werden könne. Zur Erleichterung der Umstellung sollen die Länder besondere Milchlieferungsbestimmungen erlassen. Die bisherigen Milchlieferungsbestimmungen sollen aufrecht erhalten werden. Die bisherigen Bestimmungen für den Verkauf von Milch in den gewerblichen Betrieben einschließlich der Gastwirtschaften sollen weiter in Geltung bleiben. Den Kommunalbehörden und den Gemeinden verbleibt die Berechtigung der Verteilung der Milch innerhalb ihrer Bezirke zu regeln. Über die Milchlieferung bestand darüber, daß Auslandsbutter und Auslandsmilch weitestgehend für die Einfuhr freigegeben sind. Die Konferenz beschäftigte sich dann mit der Frage der Aufhebung der Beschränkungen zur Regelung des Fremdwertverkaufs. Die meisten Landesregierungen haben Bestimmungen erlassen, die den Aufenhalt, die Verteilung und den Bezug örtlicher Personen in den Bezirken in seiner Weise beschränken. Es wurde vorgeschlagen, die bisherigen Beschränkungen aufzuheben. An der Debatte wurden von süddeutschen Staaten darauf hingewiesen, daß die Fremden vielfach ein der Preisfrage und der Umverteilung unangenehme Aufstreuen zu erwarten. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft empfahl, gegen dieses Verhalten Fremder einschreiten auf Grund landesgesetzlicher Bestimmungen und Vorschriften, daß die Konferenz mit der Aufhebung der früheren Milchbeschränkungen einverstanden sei. Es ist nicht bekannt, ob sich die Konferenz noch mit der Frage der Aufhebung der auf

dem Gebiete der Fleischversorgung aus der Zeit des Krieges noch bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, da die Voraussetzungen, die damals zum Erlaß der Bestimmungen führten, heute zum Teil nicht mehr geltend sind, sodas ihre Aufhebung erforderlich sei. Als Ort der nächsten Konferenz der Ernährungsminister wurde Stuttgart bestimmt.

### Minister Severing über die Lage in Preußen und die Vorgänge Mitteldeutschland

Berlin, 18. April. Im preussischen Landtage wurde heute die Aussprache über die Anreden in Mitteldeutschland fortgesetzt. Minister Severing wandte sich in einer längeren Rede gegen die Angriffe der Rechten gegen die Regierung. Er führte dabei u. a. aus: Wenn die Rechte auf eine Befreiung der Sozialdemokratie in der Verwaltung hinarbeite, leiste sie dem Staat einen schlechten Dienst, denn das arbeitende Volk lasse sich nicht mehr von der Verwaltung ausschließen. Die Kommunisten könnten in der Verwaltung nicht berücksichtigt werden, so lange sie ihre Direktionen von Moskau bekämen. Die Ausführungen des Ministers riefen darin, daß die Regierung mit dem Verlauf der Aktion zufrieden sein könne. Sie habe nichts veräußert, sie habe es verstanden, sich in schwerer Zeit ein Instrument zu schaffen, das brauchbar eingesetzt werden könne, gegen rechts oder links, wenn es zu Aufhebungen kommen sollte.

### Clond George — Rekrut der konservativen Partei

London, 18. April. Lord Derby führte in einer Rede die in der Presse lebhaft beachtete Rede, u. a. aus, er begrüße Lord George als den neuesten Rekruten in der konservativen Partei. Nach vor 7 Jahren würde niemand Lord Georges Namen als den eines der Anhänger der unionistisch-konservativen Partei begrüßt haben. Lord George habe jetzt im konservativen Lager seinen Platz gefunden. Derby erklärte weiter, England stehe am Entscheidungsweg seiner politischen Geschichte. Es müsse sich entscheiden, welchen Weg es einschlagen werde. Die konservative Partei sei infolge ihrer Traditionen am besten geeignet, die Nation zu führen.

### Die Niederlage der englischen Bergarbeiter

Die englischen Bergarbeiter haben eine Niederlage erlitten, wie sie wohl noch niemals in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung zu verzeichnen. Die Eisenbahner und die Transportarbeiter haben den Sympathiestreik für die Bergarbeiter abgelehnt, worauf die Niederlage unumkehrbar war. Es wird aus London gemeldet:

Nachdem der Generalstreik endgültig gescheitert ist, treffen die Bergarbeiterführer alle Vorkehrungen, um auf dem Wege neuer Verhandlungen mit den Gewerkschaften von den materiellen Zugeständnissen, die die Regierung den Bergarbeitern im Laufe der Vermittlungsverhandlungen erwirkt hatte, möglichst viel zu retten. Die nächste Delegiertenkonferenz der Bergleute am Freitag wird sich mit der Frage der Wiederaufnahme der Arbeit bei der Formulierung von Verhandlungsbedingungen über den Grundbesitzern als Grundlage zu neuen Verhandlungen auseinandersetzen werden sollen, beschäftigen. In amtlichen Kreisen beurteilt man die Streiklage sehr optimistisch. Alle besonderen Vorkaufsbedingungen werden so schnell wie möglich rückgängig gemacht, nur die Einschränkung des Zugriffs und Hochenergieverbrauches wird bis zur Wiederaufnahme der Arbeit seitens der Bergleute aufrecht erhalten werden.

London, 18. April. Reuter teilt mit: Die Worte des „Daily Herald“, „gehört die Arbeiterbewegung die schwerste Niederlage seit Menschengedenken“, sind eine Zusammenfassung des Ergebnisses der in einer Stunde eingetretenen dramatischen Niederlage der Eisenbahner und Transportarbeiter, den Bergarbeitern durch Zustimmung zum Generalstreik beigefallen. Die Streikbedingungen gewisser Mitglieder des Unterhauses mit Grundbesitzern und Arbeitern, die Erklärung, daß über die Bergarbeiter Streik, daß sie willig seien, eine vorläufige Regelung der Lohnfrage zu erwägen, die mit einschlägige Verhandlung des Premierministers und seine Aufforderung zu einer neuen Konferenz, das Ministerium der Bergarbeiter, das unter diesen Umständen schließlich eintretende Scheitern der verhandelten Verbände, dies alles stellt noch lange nicht den vollen Inhalt der Lage dar. „Daily Herald“ gibt selbst zu, daß die Grundursache der Niederlage der Mangel an Solidarität in der ganzen Bewegung, in bezug auf Organisationen, gegenseitiges Verständnis und Unterstützung war. Fraglos waren die Führer der Eisenbahner und Transportarbeiter mit Recht ungewiß in bezug auf die Antwort, die die Aufforderungen zum Streik der breiten Masse finden würden. Verleite aus allen Teilen des Landes zeigten die zunehmende Abneigung, sich auf einen unvollständigen Kampf für die Einzelgänger, die als politische, nicht als für wirtschaftliche Angelegenheiten wurden.

Die umfassenden Vorbereitungen der Regierung, den Verkehr und die Versorgung mit Nahrungsmitteln mit Hilfe von Freiwilligen aufrecht zu erhalten, wurden in weitem Maße von den Arbeitern unterstützt, von denen viele ausdrücklich dazu neigten, ihre Sympathien während des Streiks von den Verbänden auf den Staat zu übertragen. Es bestand daher, wo es auch sei, eine Unlust für alles, was einer Revolution ähnlich war. Mit Ausnahme von ein oder zwei Distrikten in Schottland herrschte vollständige Ordnung und allgemeine Mäßigkeit im Hinblick auf die Möglichkeit unruhiger Arbeitslosigkeit. Bei dem Vorherrschen einer solchen Gutesverfassung konnte der Streik in jedem Falle nicht anders als mit einem Mut: gelöst werden. Als allgemeines Ergebnis hat es sich wie bei früheren Gelegenheiten gezeigt, daß das kommunistische Element, obwohl es außerordentlich viel von sich reden machte, eine außerordentlich geringe Minderheit der englischen Arbeiterkraft darstellte. Ihren Überwiegenden Mehrheit gezielte Führer sind, deren Stimmen bei den Verhandlungen ihrer Verbände aber nicht hervorhoben, deren Gewicht aber sich unmerklich bei einer solchen Krise fühlbar macht, wie der, die eben jetzt übergegangen ist.

### Die Reichsregierung und der bürgerlichen Parteien — Isolierung oder Konsolidierung?

Herr Stegerwald darf das preussische Kabinett, das er jetzt bilden will, mit Recht ein Uebergangskabinet nennen, denn es wird ein Ministerium von Politikern und Parteien sein, die ihren Uebergang nach rechts zu vollziehen im Begriffe sind. Man hat den neuen preussischen Ministerpräsidenten bisher für einen gewiegten Politiker gehalten, aber man muß an diesem Urteil zweifeln, wenn man hört, daß er die Genossen Koske und Gustav Bauer gewissermaßen hinter dem Rücken der Landtagsfraktion und selbstverständlich vergeblich zum Eintritt in sein „Uebergangskabinet“ zu verleiten versucht hat. Von der Wirkung, die es gehabt hätte, wenn diese beiden Genossen wider alles Erwarten seinem Rufe Folge geleistet hätten, kann er sich nur eine sehr unzureichende Vorstellung gemacht haben. Nach dem Scheitern dieses ungeschickten Versuches kam Stegerwald abermals auf den Vorschlag zurück, zwei von den im Amt befindlichen sozialdemokratischen Ministern in der Regierung zu behalten, die beiden ändern aber durch Deutsche Volksparteiler zu ersetzen, und dies bisher Unmöglichkeit sollte nun durch ein höchst einfaches Ganberkunsstück möglich gemacht werden: Die Minister sollten als Einzelpersonen in die Regierung gehen, ohne die Zustimmung ihrer Fraktionen, so daß es dann keine „Regierungsfraktion“ zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei gegeben hätte, sondern „nur“ ein Zusammenarbeiten von sozialdemokratischen und volksparteilichen Ministern ohne Bindung der Parteien. Ein derartiges Manöver mag man im Zentrum für anständig halten und vielleicht kann man damit auf Zentrumswähler Eindruck machen — für die Sozialdemokratische Partei konnte ein solcher Tauschvieler-Trip nicht in Betracht kommen. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat daher ihre Zustimmung zum Eintritt von Sozialdemokraten in ein derartiges Uebergangskabinet verweigert und diesem selbst den entscheidenden Kampf angekündigt.

Die Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion gegen das gesuchte Stegerwaldsche Uebergangskabinet muß noch ganz wesentlich verhärtet werden, durch die Vorgeschichte dieser merkwürdigen politischen Neubildung. Die sozialdemokratische Fraktion hatte bei der Wahl des Ministerpräsidenten auf die Aufstellung einer eigenen Kandidatur verzichtet und für Herrn Stegerwald gestimmt, nachdem ihr von den Unterhändlern des Zentrums die ausdrückliche Versicherung gegeben worden war, der Gewählte werde das Amt wieder zurücklegen, wenn er nicht ein Kabinet zustande bringe, das auch die Zustimmung der sozialdemokratischen Partei finde. Durch diese Vorspiegelung — es stellt sich jetzt heraus, daß es gar nichts anderes war — haben die Unterhändler des Zentrums für Stegerwald die Stimmen der Sozialdemokratie erlangt, um nicht zu sagen erlöset, und nur seine Wahl mit einer so großen Mehrheit hat Herr Stegerwald die Grundlage für seine Veruche zur Regierungsbildung gegeben. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat in diesem Fall als Leiter gedient, auf der man hinauffeiert, die man aber umstößt, wenn man oben ist. Es ist also sehr begreiflich, daß die Gefühle der Fraktion gegenüber dem argentinisch in Bildung begriffenen Uebergangskabinet aller eber als freundlich sind.

Mit dem Aufstandkommen dieses Uebergangskabinetts schadet die Sozialdemokratie sich selbst weichenhändlerischer Wirksamkeit aus der preussischen Regierung aus. Innere Staatsverwaltung, Unterrichtsweisen, Finanzen und Landwirtschaft werden unter die Obhut bürgerlicher Politiker oder politisch farblosler Beamter gestellt werden. Was das bedeutet, läßt sich bei der Größe des Gebiets mit einem Blick kaum ermessen. Sicher ist aber, daß zum Unterschied von dem Regierungswechsel im Reich, der gleichsam hoch über den Häufern hinweggezogen ist, wird sich in Preußen der Regierungswechsel bis in jedes Dorf hinein und jede Landarbeiterkette bemerkbar machen. Das keine Herrschaft, das im Sturmherbst 1918 ganz geduldet war, und was wieder die Köpfe herauszutreten begann, wird sich nun als Herr der Situation fühlen. Für die Tätigkeit von Sozialdemokraten in Ämtern und im freien Beruf werden sich Schwierigkeiten bemerkbar machen, die man seit dem 9. November gänzlich überwinden wäunte. An den arbeitenden Massen aber in Stadt und Land werden die Gefühle des Grolls und der Erbitterung überhandnehmen, das ganze politische Leben wird eine veränderte Physiognomie annehmen.

Auch auf die Hospitalität muß dieser Wandel, der von unten kommt, stark zurück wirken. Die milde überbrückte Luft zwischen der gesamten sozialistischen Arbeiterchaft und den bürgerlichen Parteien wird sich von neuem öffnen, und die Schonzeit für das Kabinet Fehrenbach oder seinem ihm irgendwie ähnlichen Nachfolger wird rajä verflücht sein.

Die Sozialdemokratie wird wieder Oppositionspartei der Reichsregierung in einem einparteilichen Regierungskabinet nicht an bezw Grundcharakter ihrer Stellung. Man

# Auf dem Weg zum 1. Mai

Es wird sich dadurch ändern, worüber noch ausführlicher zu sprechen sein wird. Nur eins wird von vornherein festgehalten werden müssen, nämlich der Gedanke, daß die Sozialdemokratie nicht in die Opposition geht aus Freude an der Opposition, sondern um in ihr zu lernen, in ihre neue Kräfte zu sammeln und dann stärker als zuvor an die Macht zurück zu kehren. Diese Rückkehr kann nicht bewirkt werden durch irgend ein Wunder, nicht durch ein weltgeschichtliches Erdbeben, das das Oberste zu unterst, und das unterste zu oberst kehrt — solche Katastrophen ereignen sich nicht alle paar Jahre — sondern nur durch ehrliche, rastlose unermüdete Arbeit, durch Auslastung des sozialistischen Gedankens in alle Sinne, durch Eroberung der Köpfe und der Herzen.

Und darum bleibt die Sozialdemokratie auch in der Opposition eine Gegnerin unfruchtbarer Revolutionsromantik und eine Beschützerin der demokratischen Republik.

Wenn nicht alles trügt, steht die Reaktion in Preußen bald vor einem neuen Triumph. Bei aller Zurückhaltung können die Blätter der Rechten doch nicht ihre geheime Freude verbergen, daß Stegerwald am Ende seines Reges schließlich vor dem preussischen Landtag mit einem Kabinett erscheint, das nur im Schatten der Reaktion sein Leben fristen kann. Der Beschluß der Sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtags, daß keine Sozialdemokraten in ein Geschäfts- oder Übergangsministerium eintritten werden, macht den ewigen Verzicht der Sozialdemokratie ein maßiertes rechtsgerichtetes Kabinett zuzugestehen, ein Ende. Die Sozialdemokratie konnte keine andere Forderung einbringen; denn sie ist sich des Grades der Situation voll bewußt. Jedermann ist sich heute darüber klar, daß die Deutsche Volkspartei vor allem Seevering beizulegen wollte. Nach allem, was man in der letzten Zeit vom Zentrum und von den Demokraten gehört und erlebt hat, ist die Begründung nicht von der Hand zu weisen, daß die Deutsche Volkspartei die rechten Flügel im Zentrum und bei den Demokraten in verhängnisvoller Weise geschickt hätte. Die Sozialdemokratie wäre in der „großen Koalition“ isoliert worden. Schlimmeres könnte in Preußen in diesen Tagen nicht passieren. Die Vertreibung in den Arbeitermassen wäre noch größer geworden und die Gesundung der Arbeiterbewegung hätte keine weiteren Fortschritte machen können. Diese Gesundung ist aber eine Voraussetzung für die Stärkung der republikanischen Kräfte in Deutschland. Die Republik hat ihre festesten Stützen nicht im Bürgertum, sondern in der Arbeiterschaft. Es gilt jetzt nachdem das demokratische Bürgertum glaubt, auf den Anschluß nach Rechts nicht verzichten zu dürfen, die Arbeiterschaft neu zu sammeln und zu kräftigen. Es gilt, die Arbeiterschaft von den kommunistischen Verleumdungen zu befreien. Jeder Arbeiter muß sich klar werden, daß es höchste Zeit wird, mit dem Schicksal nach Westlau aufzubrechen.

Der Weg der deutschen Kommunisten führt in den Spindelkump und zum Zusammenbruch der Arbeiterbewegung. Die Arbeiter werden verstehen, daß man nicht mit dem kommunistischen Abbruch, den kapitalistischen Abbruch bekämpft, sondern mit dem Wiederaufbau der Gewerkschaften, der nicht zu verwechseln ist mit dem Wiederaufbau der Kapitalisten und „Fachmänner“, der vielmehr der Anfang zu einem Neu- und Umbau der kapitalistischen Wirtschaft darstellt.

Das Oberpräsidium der Provinz Sachsen hat die Schäden an Gebäuden, an Materialien, an Bargeld, die der Putz in Sachsen mit sich brachte, auf die Ziffer von 9 Milliarden geschätzt. 9 Milliarden! Was hätte mit dieser gewaltigen Summe alles zur Behebung der Notlage der Arbeitslosen getan werden können? Der Vorstand des A.G.W. hat dem Reichslangler am 26. Februar sein Arbeitslosigkeitsprogramm unterbreitet. In dem Antwortschreiben des Reichslanglers wird auf die bereits vorausgeschickten Milliarden hingewiesen. Man haben die „Fachmänner“ einen neuen Vorwand und eine neue Ausrede, wenn sie auf den Mangel an finanziellen Mitteln hinweisen wollen. Die kommunistischen Blätter erzählen viel über den Abbruch der Wirtschaft, den die Kapitalisten in Deutschland aus Profitgier betreiben. Es ist nichts neues, was sie uns erzählen. Wenn Spaniens keine Millionen in Spanien und sonstwo in Fabriken verwandelt, wenn Maschinen, ja ganze Fabrikeinrichtungen ausgeführt werden, um das Kapital in sozialistischen

Den 1. Mai wird dies Jahr ein kritischer Tag sein. Nach dem Volksmund geht dem 1. Mai die große Regenzeit voraus. In der politischen Welt scheint die Regenzeit bereits begonnen zu haben. Was augenblicklich Europa und vor allem Deutschland durchläuft, ist ein Regenabstoß schlimmer Art. Wohin sich auch der Blick richtet, überall Feuerzeichen und Pfeisender Sturmwind. Wie ein Riesföhr hören sich die Worte an, die der Engländer Karr auf der Tagung der Vereinigung Deutscher Wirtschaftskreisler im Ausland in Frankfurt am Main seinen Zuhörern zurief:

„Europa steht vor dem Scheidewege. Handel und Industrie auf der einen Seite, Politik auf der anderen. Siegt die Politik, dann sind wir alle verloren.“

lassen wir es dahingestellt, ob die Gegenüberstellung: die Handel und Industrie — die Politik richtig ist, eine nicht unumstößlich fest: Europa steht am Scheidewege. Der Kapitalismus ist in der Seelast. Das Leben der Völker wird unerträglich. Es muß eine Aenderung eintreten.

Orgien des Wahnsinns an allen Ecken und Enden! Den Deutsch-Österreichern droht Frankreich den Hunger an, wenn es von seiner Sehnsucht zur deutschen Republik nicht abläßt. Und die Engländer und Italiener sagen nicht Nein zu diesem neuen Ament auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Was die französische Politik mit Oberhiesien vor hat, ist heute völlig klar. Das oberhiesische Industriegebiet soll in die Hände der Polen kommen, damit die französischen Kapitalisten ein neues Betätigungsfeld erhalten und die französischen Generale eine neue Befehlshamer. Es kümmert die Herren in Paris nicht, daß ihr Vorhaben ein Faustschlag in das Gesicht Deutschlands bedeutet. Es kümmert sie nicht, daß ihr Vorhaben eine weitere Verelendung der deutschen Wirtschaft herbeiführt. Verunflügeln spielen bei den Herren der Welt in Paris keine Rolle. Der Miesentrieb in England, ein gigantischer Feuerzeichen, er zeigt, daß der Verfall der Erde, dieser Triumph des Kapitalismus, ein vollendeter Jeremia ist. Lloyd George wird eher versuchen, den in den kommenden Wahlen propagandistisch zu verwerten, um gerade die Politik zu stützen, die diesen Streik herbeigeführt hat. Er hat die Presse und die Macht und damit Gewalt über die Gemüter. Briand, der an diesem Unwetter nicht unschuldig ist, scheint sich noch ganz sicher zu fühlen. Im Schatten Poincarés fährt er eine Sprache gegenüber Deutschland, die Deutschland wohl verwunden kann, aber weder Herzen noch Hände öffnet. Fürchterliche Prognosen werden ausgestoßen. Eine fürchterliche Kriegsmaschine wird gegen

einigen Ländern ergiebiger arbeiten lassen zu können, so ist die Weltrevolution ein schlechter Trost für die Arbeiter. Wenn die bayerischen Ziegelarbeiter nach italienischen Arbeitskräften streiken, weil diese bedürftiger und billiger sind, wenn in Pommern die Junker lieber ehemalige russische Kosaken einstellen, als deutsche Landarbeiter, so können diese Maßnahmen für die kommunistische Forderung in den Gewerkschaften bekämpft werden. Bekämpft wird der Kapitalismus nur durch die Geschlossenheit der Arbeiter.

Der Triumph der Reaktion wird nicht lange vorhalten. Heber kurz oder lang wird die Sozialdemokratie stärker auf dem Plan erscheinen.

## Kommunistenputz, Reichswehr n. Verluste der Schutzpolizei

In Thüringen wurde während des Aufstandes in Mitteldeutschland ein Aufmarsch der R.P.D. unter den Beamten der Schutzpolizei Thüringens verteilt, in dem behauptet wurde, daß Reichswehr und Orde in Uniformen der Staatspolizei gegen die Aufständischen gekämpft haben. Diese Behauptung entspricht, wie der „F.P.R.“ von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen.

Aus der amtlichen Denkschrift, die das Preussische Ministerium des Innern gegen unter dem Titel: „Die Märzunruhen 1921 und die preussische Schutzpolizei“ herausgegeben hat, veröffentlichten die „F.P.R.“ folgende Zusammenfassung:

suchte sie zu öffnen. Ganz außer Atem und nahe daran, umzusinken, blieb sie hundert Schritte weiter stehen. Dann schaute sie sich um und blickte noch einmal auf das Schloß, das sich leichtfüßig erhob, auf den Park, die Gärten, die drei Höfe und alle Fenster der Fassade.

Wie erstarrt stand sie da. Sie empfand nichts anderes mehr, als nur das Hämmern in ihren Schläfen, das ihr wie eine beständige Musik die Heiden weit und breit zu erfüllen schien. Der Boden unter ihren Füßen schwankte wie eine Welle, die durch den Acker kamen ihr vor wie endlose Wogenkämme, die gegen sie anbrachten. Alle Erinnerungen und Gedanken sprangen auf einmal aus ihrem Kopfe empor, wie die Lichtstrahlen bei einem Feuerwerk. Sie sah ihren Vater, sah Chevreux Zimmer, ihr Zimmer im Hotel, eine Landschaft, alles auf einmal. Sie fürchtete, dies sei Wahnsinn und nahm alle Kräfte zusammen, um sich zu fassen. Es gelang ihr auch, sich ein wenig zu beruhigen, doch blieb sie verwirrt. Sie dachte gar nicht mehr an die Urteile ihres schrecklichen Zustandes, an ihre Geldnot. Sie litt nur noch um ihrer Liebe willen, und es kam ihr vor, als entfliehe ihre Seele durch den Kanal ihrer Erinnerung, wie ein Verwundener glaubt, daß sein Leben mit dem Blute, das seiner Wunde entströmt, dahinfliehe.

Es wurde Nacht. Krähen flogen über Emma dahin. Plötzlich kam es ihr vor, als sollten feurige Augen durch die Luft, wirkten im Kreise, flackten sich ab und fielen durch die Zweige der Bäume hindurch in den Schnee. In jeder glaubte sie Rudolf's Gesicht zu erkennen. Es wurden ihrer immer mehr, sie kamen auf sie zu, wollten in sie eindringen; ebenso plötzlich, war alles verschwunden. Sie sah jetzt nur noch die Lichter in den Häusern, die fern durch den Nebel herüberleuchteten.

Da tat sich ihre ganze Lage wie ein gähnender Felsenspalz vor ihr auf. Sie atmete so schwer, als solle ihr jeder Atemzug die Brust zersprennen. Plötzlich empfand sie einen Aufschwung, einen Heroismus, der sie fast freudig stimmte, sie ließ den Hügel hinab, stelte über die Plank, die den Fluß überbrückte, über den Fluß, den kleinen Weg, an den Markthallen vorbei, und stand bald vor der Apotheke.

Es war niemand im Laden. Emma wollte eintreten, doch hätte das Geräusch der Klingel auf sie aufmerksam gemacht. Sie glitt durch das Gartentürchen, hielt den Atem an, tappte sich lautlos an der Mauer vorbei und stand bald vor der Küche, in der eine Kerze brannte. Justini, in Hemdärmeln, hatte gerade eine Schüssel hinausgetragen.

„Ah, sie sind zu Nacht! Ich will warten.“

einen Gebrüden aufgeführt. Briand, der Aristokrat, ist heute wirklich der beste Repräsentant für Frankreich, das mit dem Sozialisten sein besseres Teil erkämpft. Wohl ist das bessere Frankreich noch nicht völlig mundtot und bald — vielleicht am 1. Mai — wird der Vorsitz dieser anderen Frankreichs wieder einmal seine Stimme erheben. Die deutsche Sozialdemokratie wird es sich nicht nehmen lassen, dafür zu sorgen, daß die „Jauzere Calhau“ in Deutschland gehört wird.

Stimmen der Vernunft sind da. Während des Krieges war die Zeit gegen Deutschland, heute ist sie auf der Seite der Verfolgten. Es ist ein harter, fürchterlicher Weg, den Deutschland geht und die Welt wird recht arm werden, bis sie durch Erfahrung klug geworden ist. Man wird im Westen umso schneller lernen, je mehr auch im Osten Einfluß und Bestimmung vorwärtschreiten. Lenin ist unter die Keger gegangen. Er verbrennt die Götzenbilder und Dogmen, die die kommunistischen Abblergläubigen in Deutschland heute noch glauben. Auf dem 10. kommunistischen Kongreß erklärte er u. a.:

„Die Kommunisten, die glauben daß wir im Laufe von drei Jahren die Gesellschaftsordnung vollständig umstürzen könnten, sind Phantasten; Jahrhunderte sind nötig, um das wirtschaftliche Gesellschaftsgebäude umzuwidern. Diejenigen, die ihre Politik auf Betrug gründeten, müssen weichen. Einzelpersonen kann man täuschen, ganze Klassen jedoch niemals.“

So schrecklich die nächste Zukunft für Deutschland auch aussieht, es gibt doch Hoffnungen. Freilich kann Deutschland nicht die Hände in den Schoß legen und auf ein glückliches Schicksal warten. Nicht die Zeit ist für Deutschland niederdrückend, es ist seine eigene Unentschlossenheit, sein schwächster Feind. Mit Händen und Füßen stäubt sich das Bürgertum, zusammen mit der Sozialdemokratie in Preußen wie im Reich den neuen Weg, den einzigen Weg zu gehen, der ins Freie führt.

In der „Germania“ liest man die häßlichen Bemerkungen zum 1. Mai. Wenn der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund zur Maifeier aufruft, dann erklärt ein Blatt wie die „Germania“: „Wie ein nur halbwegs vernünftiger deutscher Arbeiter heute noch an eine internationale Arbeiterolidarität glauben kann, das ist unbegreiflich.“

Umgekehrt ist es: wie ein nur halbwegs vernünftiger Mensch in Deutschland noch zweifeln kann, daß nur die Arbeiterolidarität die Rettung ist, das ist unbegreiflich. Die bürgerliche Politik will nicht glauben, daß nur ein Arbeiterdeutschland Deutschlands Rettung ist. Sie werden die Wahrheit nicht eher glauben, bis sie richtig in der Hölle sitzen.

Gesamtverluste der Schutzpolizei vom 21. März bis einschließlich 31. März 1921: Tot: 24 Beamte, darunter 2 Beamte in Offiziersrang; verwundet: 58 Beamte, darunter 2 Beamte in Offiziersrang; vermisst: 1 Beamter.

Gefangene und eingebraute Waffen: Gefangene: einschließlich der Festgenommenen 8470; Gewehre: 1250; Pistolen: 10; Maschinengewehre: 80; Munition: 3200; Personenkraftwagen: 3; Lastkraftwagen: 11; außerdem eine große Anzahl von zurückgegebenen; Santa-Wagen: 1; Anhänger: 1; Pferde-jahrgänge: 35.

## Badische Politik

Landesversammlung des Badischen Volkskirchenbundes in Freiburg

Vom 9. bis 11. April hielt der Badische Volkskirchenbund in Freiburg eine Landesversammlung ab. Zu der Tagung, der ersten im badischen Oberland, waren zahlreiche Delegierte aus ganz Baden erschienen. In der Eröffnungsansprache des Landesvorsitzenden Prof. Dr. Dietrich (Karlsruhe) wurde die innere und äußere Entwicklung des Bundes im letzten Jahre gekennzeichnet: nach innen ein immer engerer Zusammenschluß der Mitglieder zu einer Genossenschaftsgemeinschaft, ein immer tieferes Einmühen in den Geist der Bewegung und damit eine Stärkung der Einheit. Nach außen brachte das abgelaufene Jahr den starken Anfangserfolg von 11 000 Stimmen bei den Gemeindevahlen und eine stetige Festigung und wachsende Ausbreitung der Organisation über das ganze badische Land, verbunden mit einem ausgedehnten Aufschwung des Sprachrohrs der Bewegung, des „Christlichen Volksblattes“. In den an-

Justini kam wieder. Emma klopfte leise an die Scheibe. Er kam herauf. „Die Schlüssel! Die von oben... wo sind die...“

„Wie?“

Er blickte sie an, ganz erstaunt über ihre Blässe, die auf dem dunkeln Hintergrund der Nacht doppelt wirkte. Emma schen ihm überdies schon zu sein und majestätisch wie eine Erscheinung aus einer anderen Welt. Ohne zu wissen, was sie wollte, hatte er die Handlung von etwas Durchbarem.

Sie sagte aber schnell mit leiser, sanfter, verführerischer Stimme: „Ich will die Schlüssel! Gib sie mir!“

Die Mauern im Hause waren ziemlich dünn, man hörte das Klirren der Messer und Gabeln aus dem Eßzimmer.

Emma sagte, sie müßte etwas haben, um die Ratten zu töten, die sie nachts nicht schlafen ließen.

„Ach muß es denn Herrin sagen.“

„Nein, bleib hier!“

Dann fügte sie in gleichgültigen Tone hinzu: „Es ist nicht der Rede wert! Ich werde es ihm selbst sagen. Leuchte mir nur jetzt!“

Sie trat in den Korridor, der zum Laboratorium führte. An der Wand hing ein Schlüssel mit der Aufschrift: Kapernaum.

„Justini!“ rief in diesem Augenblick ungeduldig der Apotheker.

„Komm dann herauf,“ sagte Madame Bovary.

„Ich er folgte ihr.“

Er trat in den... sich im Schloß, und sofort ring Emma

auf das... rechts zu, so sicher leit... ihr Gedächtnis, ergriß den blauen Bolal, entlockte ihn, fachte mit der Hand hinein, zog diese mit einem weißen Pulver wieder heraus und verschluckte es auf der Stelle.

„Gelten Sie ein,“ schrie Justini und rief sie am Arme.

„Still, man könnte kommen.“

Er war außer sich, wollte rufen.

„Sage nichts! Es könnte deinem Herrn sonst schlecht gehen!“ Und dann schritt sie, plötzlich beschämt, hinaus. Ja, sie war fast heiter, als habe sie eine Pflicht erfüllt.

Als Karl, entsetzt über die Nachricht von der Verfeinerung, nach Hause gekommen war, hatte Emma die Wohnung lassen verlassen. Er rief, weinte, wurde einmal beinahe ohnmächtig, doch sie kam nicht zurück.

(Fortsetzung folgt.)

## Madame Bovary

21 Roman von Gustave Flaubert. (Fortsetzung.)

„Aber wenn man arm ist, kauft man sich nicht Flinten mit silbernen Kolben, kauft man keine Perlen mit Bernmuttereinlagen, keine goldenen Pfeifen für seine Keitpfeifen und keine — wie man mit dem Finger darauf — keine Perlen für die Uhrkette. O, dir fehlt nichts, nicht einmal ein Vörschrankchen im Zimmer. Du läßt dir nichts abgehen, du läßt nur dich allein, du lebst gut. Du hast ein Schloß, Bachhöfe, Wälder, du gehst auf die Jagd und reist nach Paris. Und wenn es nur das wäre,“ rief sie und nahm seine Manschettenknöpfe vom Kamin, „die geringste aller dieser Spielereien — man könnte Geld daraus machen...“

„Aber ich will nichts von dir! Behalte sie nur!“ Und sie warf die beiden Knöpfe so heftig gegen die Wand, daß die goldene Kette, die sie zusammenhielt, zerriß.

„Und ich, ich hätte dir alles gegeben, ich hätte alles verkauft, ich hätte mit meinen Händen gearbeitet, ich hätte auf den Straßen gebettelt, um ein Bäcklein, um einen Wid von dir, um dich „dante“ sagen zu hören. Und du bleibst jetzt ruhig in deinem Reichtum sitzen, als hätte ich noch nicht genug durch dich gelitten! Ohne dich, weizt du, hätte ich glücklich leben können. Wie kamst du dazu, mir in den Weg zu treten? Hastest du um mich gewettet? Und doch sagtest du, daß du mich liebst! Sagtest es eben jetzt noch...“

„O, hättest du mich lieber davon überzeugt! Meine Hände sind noch warm von deinen Küssen, und hier auf diesem Teppich haßt du mir ewige Liebe geschworen.“

„Du hast mich zwei Jahre lang den süßesten, verführerischsten Traum träumen lassen...“

„Erinnerst du dich noch unserer Reisepläne? O, dein Brief, dein Brief! Er hat mir das Herz zerrissen. Und jetzt, da ich wieder zu dir komme, zu dir, der reich, frei und glücklich ist, und dich um eine Gasse entferne, die mir der erste beste nicht verlassen würde, jetzt sitzt du mich zurück, weil es dich dreitausend Franken kosten würde.“

„Ich habe sie nicht,“ erwiderte Rudolf mit der vollkommenen Ruhe, mit der sich ein willensstark verhaltener Born wappnet.

Sie ging hinaus. Es kam ihr vor, als bebten die Mauern, als stürze der Plafond auf sie herab. Sie eilte durch die lange Allee und stolperte über die Haufen dürre Blätter, die der Wind zerstreute. Fast springend kam sie endlich vor der Gartentür an. Sie geriet sich die Nägel am Schloß, so schnell ver-

in ebenen Verhandlungen, die sich mit den organisatorischen und in anderen Fragen des Bundes befähigen, kam der erste Schritt zu einer weiteren Vertiefung. Bei der Ausarbeitung über die Stellung des Volkskirchenbundes zu der Reform des Religionsunterrichts, kam übereinstimmend zum Ausdruck, daß der Volkskirchenbund in enger Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft, die auf ihren Schulstunden schon positive Vorschläge gemacht hat, vorgehen soll. In die Kerkfrage der Bewegung führte das Referat eines Arbeiters Scherer (Littenweiler) über das Thema: "Arbeiter und Kirche". Der Sonntagabend brachte nach einem Vortrag von Universitätsprofessor Ehrenberg (Weidberg), der sich in wissenschaftlicher Weise mit den Problemen: Katholizismus, Protestantismus, Sozialismus auseinandersetzt und den volkswirtschaftlichen Standpunkt geschichtlich und philosophisch bearbeitet. Den Abschluß der Tagung bildete dann am Montag eine öffentliche Versammlung, in der Harrer Klobbe (Karlsruhe) die Lage der Kirche und ihre Stellung zum Volke und die Ziele des Volkskirchenbundes beauftragte.

**Gegen die Verdrängung von Getreide.** Antisch wird mitgeteilt: Es wurde mehrfach versucht, Getreide dadurch unerschwinglicher zu machen, daß es in den Wagen mehr Getreide verladen wurde, als vom Kommunalverband zur Beförderung genehmigt und im Stadtratsrat angeordnet war. Die bahnamtliche Nachprüfung des Wagens ergab in einem Falle ein Mehrgewicht von 3920 Kilogramm gegenüber dem im Stadtratsrat angegebenen Gewicht von 5000 Kilogramm. Um derartige Verdrängungen zu verhindern und auch, um die Eisenbahn für Frachtwagen zu schütten, sind die Dienststellen von der Generaldirektion angewiesen, bei Zulieferung von Getreide und Getreide in Wagenladungen in weitgehendem Maße von dem im § 88 (1) Eisenbahnverkehrsordnung vorgeschriebenen Maße der bahnamtlichen Gewichtsnachprüfung Gebrauch zu machen. Bei anderen bewirtschafteten Gütern wird ähnlich verfahren werden.

**Wie zahle ich meine Einkommensteuer?**

Über kaum eine Frage herrscht in weiten Kreisen eine derartige Unklarheit, wie über die Steuerpflicht des Staatsbürger auf Grund der neuen Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes. In der nachfolgenden Artikelserie wird der Verstand gemacht, die Steuerpflicht jedes Einzelnen, z. B. des Selbständigen (Arbeiter, Angestellte, Beamte etc.), des Kleinrentners, des Gewerbetreibenden, des Grundbesitzers etc., praktisch zu erläutern.

**L.**

**Wer ist zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet?**

Wer mehr als 10 000 M. Einkommen — ganz gleich welcher Art — im Kalenderjahre 1920 bezogen hat, muß seine Steuererklärung auf öffentliche Aufforderung hin fristgemäß abgeben. Eine weitere Abgabepflicht besteht für diejenigen Personen, welche weniger als 10 000 M., aber mehr als 3000 M. Einkommen gehabt haben, sofern ihnen von Finanzamt ein Vordruck der Erklärung zugeandt worden ist. Die gleiche Pflicht besteht für einen Vormund oder Pfleger hinsichtlich des Einkommens der Pflanzlinge.

Die Aufforderung zur Abgabe der Erklärung geschieht hauptsächlich durch öffentliche Bekanntmachung. In dieser wird insbesondere der Zeitpunkt, für den die Einkommenshöhe angegeben ist, und die Frist, während welcher die Erklärungen abzugeben sind, bestimmt. Allgemein ist diese Frist vom Reichsminister der Finanzen für die Fälle, in denen eine etwa schon festgesetzte Frist vor dem 15. April 1921 ablaufen würde, bis zu diesem Tage verlängert worden. Ist sie jedoch in einem Besondere bereits über längere Tage hinaus festgesetzt und dementsprechend bekannt gegeben — für Groß-Perlin gilt die Frist vom 1. bis 30. 4. 21 — so gilt selbstverständlich diese. Wenn das Finanzamt einer Steuerpflichtigen die Einkommenserklärung besonders abfordert, muß die Abgabefrist mindestens eine Woche betragen.

Je nach der technischen Einrichtung der Orts- bzw. Steuerbehörden werden entweder für alle Einwohner oder nur für einen Teil derselben die Vordrucke (Fragebogen) mit Anleitung zur Ausfüllung ausgeteilt. In der öffentlichen Bekanntmachung ergibt aber auch an alle sonstigen Einwohner, welche keine Fragebogen ausgefüllt erhalten haben, die Aufforderung, sich um einen solchen rechtzeitig zu kümmern. Der Steuerpflichtige hat in diesem Fall das Formular im eigenen Interesse von seinem zuständigen Finanzamt anzufordern. Für minderjährige oder unter Vormundschaft stehende Einkommensträger ist der gesetzliche Vertreter zur Abgabe der Erklärung verpflichtet.

Eine Nichtabgabe der gesetzlichen Abgabepflicht zieht Geldstrafen bis zu 500 M. nach sich. Gleichzeitig kann dem Säumigen ein Steuerzuschlag bis zu 10 vom Hundert auf die festgesetzte Einkommensteuer auferlegt werden. Steuerpflichtige Einwohner, welche glauben, wegen angeblich zu geringem Einkommens keine Steuererklärung abgeben zu brauchen, tun gut, die rechtzeitig Abgabe trotzdem nicht zu unterlassen. Die Steuerbehörde kann im Wege der Schätzung jedem solchen Einwohner eine Steuer aus Einkommen auferlegen, die dann im langwierigen Nachmittelsverfahren abgeschrieben werden müßte. Eine kurze Erklärung der Steuerbehörde gegenüber würde einem solchen Verfahren von Anfang an vorbeugen. Diese Erklärung kann ebenso wie alle anderen Einkommenssteuererklärungen jederzeit während der ordentlichen Dienststunden an Steueramtsstelle mündlich abgegeben werden.

Eine Befreiung von der gesetzlichen Abgabepflicht kann niemals für solche Einkommensträger, die nur Arbeitseinkommen beziehen, in Frage kommen, weil die Einkommenserklärung mit dem Steuerabzug keinerlei Verbindung hat. Letzterer ist immer noch als Vorzahlung auf die mit Hilfe der Einkommenserklärung endgültig festzusetzende Steuerpflicht zu betrachten.

**Aus der Partei**

Eine Bezirksauskunftung der sozialdemokratischen Partei Badens fand am Montag, 18. April, in Karlsruhe statt. Vor allem wurden hierbei die im Herbst stattfindenden Landtagswahlen besprochen und festgestellt, daß wir den Wahlen mit den besten Aussichten entgegensehen können. In Rand der vorliegenden Berichte hat sich die Situation seit den letzten Reichstagswahlen bedeutend zu unseren Gunsten geändert: Die Demagogie der Reaktion wird angesichts der positiven Aufbaubarbeit immer mehr durchschaut; die Unabhängigen sind erleichtert und die Kommunisten sehen ihr Gebilde ebenfalls immer mehr zusammenfallen. Wir haben also alle Ursache, mit festem Mut und kräftiger Energie an die kommenden Kämpfe heranzutreten. In einem eingehenden Referat behandelte Reichstagsabg. Oskar Ged. Mannheim die politische Lage, in dem er die kritische Situation des Reiches in tiefgründiger Weise darlegte. In klarer Weise setzte dabei der Redner auseinander, wie sehr uns die deutsche nationale Agitation im Ausland schadet und dadurch unsere Lage erschwert und wie sehr andererseits die Kommunisten den Neuaufbau zu untergraben suchen. In diesem Treiben gegenüber ist es Aufgabe der Sozialdemokratie, so wohl im Inland wie dem Ausland gegenüber die Interessen des deutschen Volkes wahrzunehmen. So schwer auch die Aufgabe ist, die nur durch die reifliche Demokratisierung zu lösen ist, sie muß gelöst werden im Interesse des deutschen Volkes. Wir

machen deshalb eine im besten Sinne wahrhaft vaterländische Politik wenn wir eine demokratische Politik des Weltfriedens machen. Deshalb müssen wir alle Modifikationen, die wir haben, halten und dürfen sie nicht leichtfertig freigeben. So darf das Referat in der Redeberung nach praktisch positiver Mitarbeit, die die Zustimmung der sachlich verlaufenden Tagung fand.

**Gewerkschaftliches**

**Zur Textilarbeiterbewegung im Oberland**

Der vor langer Zeit angekündigte Kampf in der oberbayerischen Textilindustrie tritt immer mehr und mehr in Erscheinung. Im Wiesental, das Hauptzentrum der oberbayerischen Textilindustrie sind die Arbeiter von zahlreichen Werken in den Streit getreten. In Freiburg werden Tausende von Arbeitern ausgebeirert.

Kollnau, 16. April. Die Arbeiterchaft der hiesigen Zement- und Weberei hielt in der Streikfrage eine öffentliche Versammlung ab, in der 202 Arbeiter für und 118 gegen den Streik waren. Bei einer Betriebsabstimmung stimmten 257 für und 233 gegen den Streik. Eine Arbeitseinstellung ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

**Eine neue Zeitschrift der internationalen Gewerkschaftsbewegung**

Vor kurzem ist in Amsterdam die erste Nummer einer neuen Zeitschrift erschienen, die sich "Die Internationale Gewerkschaftsbewegung" nennt und als Organ des Internationalen Gewerkschaftsbundes von dessen Sekretariat in Amsterdam in deutscher, englischer und französischer Sprache herausgegeben wird. Sie soll alle zwei Monate erscheinen.

Die der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Dubegest, in der Einleitung zu der ersten Nummer der Zeitschrift hervorhebt, bezweckt die Gewerkschaftszentrale mit der Herausgabe dieses offiziellen Organs, die derzeit herrschenden allgemeinen Auffassungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern bekannt zu machen und eine gegenseitige Ueberprüfung zu ermöglichen. Mit Befriedigung konstatiert Dubegest, daß während des Proletariats auf volkswirtschaftlichem Gebiete die internationale Einigkeit nicht habe bewahren können, dies auf gewerkschaftlichem Gebiete sehr wohl gelungen sei. Die Zeitschrift gilt in der Hauptsache der Aufrechterhaltung und Stärkung der gewerkschaftlichen Internationalen Einheit. Sie wird sämtliche von dem Internationalen Gewerkschaftsbund ausgehenden Dokumente regelmäßig veröffentlichen und die beste Quelle zum Studium aller mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung zusammenhängenden Fragen sein.

**Gerichtszeitung**

**Schwurgericht Karlsruhe**

§§ Karlsruhe, 18. April. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Kempff begann heute Vormittag um 10 Uhr das Schwurgericht mit der Verhandlung gegen die Ehefrau des Reichswachtunteroffiziers Sawollid Margarethe geb. Beuche aus Berlin und gegen die Ehefrau des Schneider Ernst Gelau Marie geb. Sawollid aus Jawschitz in Oberschlesien wegen Mordes.

Die beiden Angeklagten haben am 23. Nov. abends kurz nach 7 Uhr, in Baden Baden im Haus Viktoriastraße 106, die Ehefrau der Ehefrau Margarethe Sawollid, die Witwe Gustav Beuche Elise geb. Zahn, gemeinlich mit Ueberlegung und mit Vorsatz getötet. Die Ehefrau Gelau hat dabei der Ermordeten den Mund zugehalten, um sie am Schreien zu verhindern und die Sawollid hat diese mit einer Schur erdolcht. Die Leiche wurde dann von der Sawollid an die Stubentür gesteckt. Der Tat ist man sofort auf die Spur gekommen, denn Postboten trafen auf der Straße, die Hilferufe der Witwe Beuche. Dieses Geschrei wurde schwächer und ging endlich in einen rächenden Laut über, jedoch man sofort annahm, daß ein Mord durch Erdbeben vorgekommen ist. Auch die Mitbewohner des Hauses hatten die Hilferufe gehört und man schickte deshalb sofort nach der Polizei. Diese fand die beiden angeklagten Frauen darauf im Bett liegen, als ob sie schliefen. Die Leiche der Frau Beuche wurde an der Zimmertür aufgehängt vorgefunden. Die Täterinnen wurden sofort verhaftet, leugneten aber zunächst und legten erst nach einigen Tagen ein Geständnis ab.

Die Vernehmung der angeklagten Sawollid hatte folgendes Ergebnis: Sie wurde am 11. Juni 1900 in Berlin geboren. Ihre Mutter heiratete die Ermordete und dieser siedelte später, nach dem Tode ihres Mannes, nach Baden-Baden über. In der Schule war die Sawollid keine gute Schülerin, sie lernte später noch nicht gern und war dabei vorlaut und frech. Im Jahre 1918 war ihre Aufnahme in eine Zwiangsverleihungsanstalt verurteilt worden. Diese Maßregel wurde nicht vollzogen, ihr lag folgender Vorfall zugrunde. Die damalige Margarethe Beuche hatte einen gewissen Himmelmann kennen gelernt, der 21 Jahre alt war und sich als Schriftsteller ausgab. Himmelmann wußte der Ehefrau der Beuche zu erzählen, die Ehefrau werde verstoßen und er wollte das Mädchen deshalb zu Verwandten in Baden bringen. Die Frau glaubte das und gab dem Mädchen Geld, um das Vorhaben auszuführen. Statt nach Baden fuhr aber Himmelmann mit der jugendlichen Beuche nach Frankfurt, dann nach München. Dort war dem Mädchen das Geld ausgegangen und Himmelmann telegraphierte deshalb an die Ehefrau. Diese kam nach München und brachte der Ehefrau neue Mittel, jedoch Himmelmann mit dem Mädchen die Reise fortsetzen konnte. Man fuhr nach Augsburg, dann nach Eberfeld und schließlich nach vier bis sechs Wochen traf die Beuche vollständig vernachlässigt bei den Verwandten in Baden ein. Konfirmiert wurde die Beuche nicht wegen ihres schlechten Lebenswandels. Um die Konfirmation trotzdem durchzuführen, trat ihre Stiefmutter mit der Stieftochter zur lutherischen Kirche in Baden über, aber auch dort ließ man sie nicht zur Konfirmation zu. Dann besuchte sie die Handelsschule und erlernte einen kaufmännischen Beruf. In verschiedenen Stellen, in denen sie tätig war, hielt sie es nicht lange aus. Während der Kriegszeit änderte sie gern mit Mannspersonen, namentlich mit Soldaten, die in den Lazaretten waren. Im Jahre 1920, im August, heiratete sie den Unteroffizier Ernst Sawollid, den sie im Jahre 1919 kennen gelernt hatte. Am 27. Oktober 1920 gebar sie ihm ein Töchterchen.

Über das Verhältnis zu ihrer Stiefmutter berichtete sie: Früher waren unsere Beziehungen zu einander gut. Es verschlechterte sich aber seit der Himmelmannangelegenheit. — Vorländer Dr. Kempff: Sie haben aber mit 15 Jahren schon nach ihrer Stiefmutter geschlagen? Angeklagte Sawollid: Ja, aber damals ist das nur wenig vorgekommen. Die Stiefmutter hat mich auch wiederholt mißhandelt. Vorländer Dr. Kempff: haben Sie nicht gemerkt, daß die Stiefmutter überreizte Personen hatte, daß man ihr gegenüber Rücksicht üben mußte? Angeklagte Sawollid: Jawohl, die Mutter wußte das auch. Sie schlug aber nach mir ohne jeden Grund. Vorländer Dr. Kempff: Die Stiefmutter hat schon längere Zeit sich dabei begnügt, daß ihr einmal etwas von ihnen geschehen könnte. Angeklagte Sawollid: Das ist richtig, aber die Stiefmutter hat mich auch nach dem Leben getrachtet, sie hat mir manchmal etwas in den Kaffee getan, durch das sie mich vergiften wollte, ich habe es aber noch rechtzeitig bemerkt.

Über die Beziehungen zu ihrem jetzigen Manne während ihrer Brautzeit gab die Sawollid an: Mein Brautigam wohnte

in Kattau. Von Kattau aus wurde er nach Donaueschingen, dann nach Leipzig und darauf nach Freiburg verlegt. In der Zeit unserer Ehe wohnte ich nicht ständig mit ihm zusammen, sondern blieb bei meiner Mutter. Wenn er nach Baden-Baden kam, war meine Stiefmutter meistens ruhig, weil sie den Mann fürchtete, trotzdem er ein ruhiger Mensch ist. Im allgemeinen hat er zwischen mir und meiner Stiefmutter vermittelnd eingewirkt. Mein Schwägerin (die Mitangeklagte Marie Gelau) war zu unserer Hochzeit gekommen, sie blieb dann noch in Baden zurück, weil meine Niederkunft bevorstand. Von unserem Plane, die Stiefmutter zu bestrafen, hatte mein Mann keine Kenntnis. Es ist richtig, daß ich zu meiner Stiefmutter mehrmals gesagt habe, wenn sie spät nach Hause kam: "Wenn Dich nur der Teufel holen würde". Vorländer Dr. Kempff: Haben Sie nicht schon dem Himmelmann gesagt, er solle die Stiefmutter um die Ehe schaffen? Angeklagte Sawollid: Das weiß ich nicht mehr. Vorländer Dr. Kempff: Es scheint, als ob sie den Tod ihrer Stiefmutter nicht erwarten konnten, damit sie ihr Geld erhalten konnten. Angeklagte Sawollid: Nein, Sie sagten ja immer, sie hätte kein Geld. Vorländer Dr. Kempff: Aufrecht scheint sich der Streit allerdings mehr um die Wohnung gedreht zu haben. Sie wollten die Mutter draußen haben, trotzdem diese die Wohnung gemietet hatte, ein weiterer Streitpunkt hätte dann die Möbel. Ueber das Verhalten nach dem Mord machte die Sawollid folgende Angaben: Wir legten uns in unsere Betten und stellten uns schlafen und taten, als ob wir von der Sache nichts wüßten. Auf eine Anfrage des Vorländers bemerkte sie: Wenn wir die Sache richtig überlegt hätten, hätten wir die Tat nicht getan. Vorländer Dr. Kempff: Sie wollen damit wohl sagen, Sie haben nicht überlegt, was nachher kommt; die Tat selbst haben Sie sehr genau überlegt.

Hierauf wurde die Angeklagte Marie Gelau vernommen. Ihren Ausleger entnehmen wir folgendes: Sie wurde am 24. Juli 1884 in Jawaschitz in Oberschlesien geboren. Vor ihrer Verheiratung war sie längere Zeit auf einem Gute in Stellung und gebar vor etwa 10 Jahren dem Gutsbesitzer ein Kind. Im Jahre 1913 heiratete sie den Schneider Ernst Gelau in Breslau, der 4 Kinder mit in die Ehe brachte. Die Ehe war nicht glücklich, hauptsächlich der Kinder wegen, die sehr vernachlässigt waren. Die Ehe ist inzwischen geschieden worden. Als ihr Bruder die Paraweste Beuche heiratete, war sie mit der Mutter und einer Schwester zur Hochzeit gefahren. Mutter und Schwester fuhren nach der Feier zurück, sie blieb auf Wunsch der geliebten Frau Beuche zurück, um ihr beim Schneidern zu helfen. Während ihres Aufenthalts in Baden-Baden kam es zwischen der Frau Sawollid und deren Stiefmutter häufig zu Auseinandersetzungen, weil Frau Beuche eine aufgeregte Person war. Bei den Auseinandersetzungen versuchte sie zwischen der Schwägerin Sawollid und der Stiefmutter zu vermitteln.

Vorländer Dr. Kempff: Wie kommt es, daß Sie sich zu einer solchen Tat herbeilassen konnten? Angeklagte Gelau: Ich habe einen Streit mit Frau Beuche gehabt. Bei Tisch sagte dann meine Schwägerin: "Wie ich dieses Weib hasse", daraufhin erklärte ich: "Du kannst sie nicht mehr hasse, als ich". Nun sagte die Schwägerin zu mir: Heute muß sie dran glauben. Ich sagte zu der Sawollid, wenn sie ihre Stiefmutter bestrafen wollte, müßte es heute geschehen, da ich morgen nach Hause fahren wollte. Die Schwägerin Sawollid brachte nun eine Schur, die von einem Paket herrührte, in dem die Sawollid Kindermäße erhalten hatte. Die Schwägerin Sawollid machte nun eine Schlinge in die Schur und probierte, ob sie fest ist, dann wurde die Schlinge nachgeschoben. Der Mord war in folgender Weise geplant: Ich sollte mit einem Tuche der Frau Beuche den Mund zugehalten, damit Frau Beuche nicht schreien konnte. Dann wollte die Schwägerin die Schlinge zuziehen und wenn sie die Frau erdolcht hat, sollte die Leiche an die Tür gehängt werden. Später wurde besprochen, daß wir uns verkleiden wollten. Den Anzug meines Bruders Ernst Sawollid zog ich an und setzte eine Militärkappe dazu auf. Meine Schwägerin bestrich sich mit einem Militärrock und mit einer Schirmkappe. Als wir uns umgekleidet hatten, gingen wir auf den Korridor und erwarteten die Frau Beuche. Diese kam bald, ging an uns vorbei und in das Wohnzimmer. Wir gingen ihr nach und ich wollte ihr den Mund mit dem Tuche zugehalten. Es gelang mir nicht, die Frau schrie und es kam zu einem Ringen zwischen uns. Bei dem Ringen bekam die Frau einen Aus. Die Schwägerin legte ihr die Schlinge um den Hals und zog sie zu. Wenn sie das alles getan hat, habe ich aber nicht bemerkt. Dann schleppte die Schwägerin die Frau zur Tür und hängte sie an der Klinke auf. Dann zogen wir uns aus und gingen zu Bett. — Auf die Anfrage des Vorländers an die Angeklagte Sawollid, wie sie eine solche Tat begehen konnte, entwortete die Sawollid: die Stiefmutter war ein Satan, aber keine Frau. Angeklagte Gelau bestätigte, daß die Sawollid häufig durch die Stiefmutter mißhandelt worden sei, auch das Kind der Sawollid habe die Stiefmutter mehrmals gefoltert, trotzdem es erst einige Wochen alt war.

Es wurde darauf eine große Zahl Zeugen vernommen, nämlich 28. Der größte Teil von ihnen hatte über die Charaktereigenschaften der Getöteten zu berichten und äußerte sich im allgemeinen nicht günstig. Frau Beuche wurde als böswillige und händelsüchtige Person geschildert, die wegen jeder Kleinigkeit hart anging. Die Schwester der Frau Beuche schilderte sie wesentlich günstiger. Nach ihren Aussagen ist die Hochzeit des Ehepaars Sawollid schon verlaufen, bald darauf hätten sich aber Streitigkeiten zwischen der Witwe Beuche und der Frau Sawollid entwickelt. Beide Frauen seien aufgeregter gewesen und es sei zu Fälschigkeiten gekommen. Diese Streitigkeiten hätten sich manchmal aus nichtigen Gründen ergeben. Frau Witwe Beuche sei stets etwas nervös, aber eine gutmütige Person gewesen. Ihre Stieftochter Grete (Frau Sawollid) habe Frau Beuche mehr geliebt, als eine Mutter ihr Kind. Als der Vater der Zeuginnen und der Frau Beuche gestorben war, habe diese viel geerbt, einen großen Teil des Geldes davon habe sie dann der Angeklagten gegeben. Die Sawollid habe der Getöteten einmal vorgemacht, sie hätte ein Detektivbüro. Dazu brauche sie viel Geld, sie verdiene es später wieder. Frau Beuche glaube das und gab der Angeklagten bedeutende Summen, später stellte sie aber heraus, daß die Sawollid kein Detektivbüro habe. Manchmal habe die Sawollid von ihrer Stiefmutter förmlich die Geldbeträge erpreßt. Frau Beuche habe sich vor der Sawollid sehr gefürchtet, diese soll einmal geäußert haben, sie wolle ihre Stiefmutter kalt machen. Einer weiteren Zeugin, Frau Melchior Hauser aus Baden-Baden gegenüber, hat die Getötete kurz vor dem Mord am 23. Nov. ähnliche Befürchtungen ausgesprochen. Dann wurden verschiedene Zeugen vernommen, die von der Strafe aus die Hilferufe der Frau Beuche am 23. Nov. gehört hatten und ein Zeuge, der in die Wohnung nach der Tat eingedrungen war. Weiter wurden drei medizinische Sachverständige verhört. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Feinschmeier. Die Angeklagten wurden von den Rechtsanwältin Dr. Hermann-Baden, und Wilhelm Frey-Karlsruhe verteidigt. — Die Sitzung dauert fort.

**ofka**

Damen-      Herren-

**LODEN- UND WETTER-MÄNTEL**

GUMMI-MÄNTEL

Sporthaus Freundlieb, Karlsruhe, Kaiserstr. 185

Preisliste über Sportausrüstung gratis.

### Gemeindepolitik

#### Kommunistischer Verleumder

**1. Anielingen, 17. April.** Die „Nöte Fahne“ bringt in ihrer Nr. 85 vom 14. ds. Mts. einen Artikel aus Anielingen, in dem unsere Parteigenossen im Bürgerausschuß als Verbrecher und Halsabschneider bezeichnet werden, die Schuld daran seien, daß der Wohnungsbau hier nicht recht vom F. ede geht. Gegenüber diesen niederträchtigen Verleumdungen und kommunistischen Fälschungen müssen wir kurz feststellen, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Die Wohnungsnot ist hier nicht minder groß, als an andern Orten, und unsere Fraktion hat in der Bekämpfung derselben — von drei Genossen abgesehen — immer denselben Standpunkt eingenommen, wie die Kommunisten. Für uns war es klar, daß die Wohnungsnot nur wirksam bekämpft werden kann, wenn die Gemeinde das Bauen in eigene Regie übernimmt. Die Baukommission, in der alle Parteien gleichmäßig vertreten waren, stellte sich anfangs in ihrer Mehrzahl auf denselben Standpunkt wie unsere Genossen. Der Gemeinderat sah jedoch den Beschluß, das Bauen den Privaten Baulustigen zu überlassen, und bis zu 90 Prozent die Garantie für die Erfüllungskosten und die Materialienlieferung zu übernehmen. Verlangt wurde jedoch von jenen, die von dieser Garantie Gebrauch machen wollten, daß mindestens ein Zweifamilienhaus erstellt werden muß. Die Herren Volksdemokraten, Kautsch und Groß wollten nun ebenfalls bauen. Sie hatten es übrigens schon seit 3 Jahren im Sinne fauben aber immer eine andere Ausrede, die es ihnen in Verhinderung wie im Bürgerausschuß ermöglichte, so zu tun, als ob ihnen die Wohnungsnot allein am Herzen liegen würde. Sie, die ein so großes Interesse an der Bekämpfung der Wohnungsnot hatten, wollten aber nur Einfamilienhäuser bauen, um nicht noch jemand in ihr Haus aufnehmen zu müssen! So gab ihnen der Beschluß des Gemeinderats Anlaß zu einer wüsten Agitation gegen den Gemeinderat, was diesen veranlaßte, seinen Beschluß aufzugeben und dem Beschluß der Baukommission auf Erstellung von Wohnungen in Gemeindegewalt beizutreten. Nun postete den Bolschewikern diese Wendung auch wieder nicht, trotzdem sie in der Kommission gleicher Meinung waren, und so begannen sie in der Bürgerausschuhstung vom 8. April mit ihren Redensarten und Schimpfereien gegen den Gemeinderat loszudonnern, was diesen veranlaßte, den Saal zu verlassen, zumal er noch gegen solche Schmähungen von dem den Vorsitz führenden absolut unfähigen Bürgermeister nicht geschützt wurde. Die Rede war, daß die Bürgerausschuhstung nun nicht stattfinden konnte. Die Bekämpfung der Wohnungsnot ist durch die Schuld der Kommunisten wieder ein Schritt rückwärts anstatt vorwärts gebracht worden.

Gegen unsern Genossen Max Böhm scheint man es besonders abgesehen zu haben, trotzdem gerade er als einziger Gemeinderat für die Erstellung von Wohnungen durch die Gemeinde von vornherein eingetreten ist; ihm ist es auch zu danken, daß der Gemeinderat sich seine Ansicht zu eigen gemacht hat. — Was die Sache mit der „Ordensbrust“ in dem Schwimmbad betrifft, so meinen wir, daß man in diesem Punkt auf kommunistischer Seite ganz schweigen sollte, denn es ist doch bekannt, daß Angehörige dieser Partei die Ordensschnallen sogar ins Gesicht anlegten!

Unsern Genossen Kleber wird vorgeworfen, er hätte auf die Beleidigungen hin handgreiflich werden wollen, daß er aber davon Abstand genommen habe, als er sich anscheinend der Folgen bewußt wurde, die daraus entstehen konnten. Auch diese Vermutungen sind unwahr und verlogen. Wie will man auf fünf Kleber Entfernung handgreiflich werden? Es sei denn man hat Bombenkräuter. Unser Genosse hat sich deshalb dem fauberen Herrn die verbiente Antwort nicht gegeben, weil er auf der Gegenseite Waffen vermutete. Es wird aber auch aus Kleinlichkeitsegefühl gewesen sein, das ihn von seinem Vorhaben absieht. Das Schönste ist jedoch, daß man sich erdreistet, dem Genossen Gemeinderat König Verdrehungskunst vorzuwerfen, im selben Moment aber selbst verdreht und schwindelt, indem man die Beleidigungen, die gegen den Gemeinderat in der Bürgerausschuhstung gerichtet wurden, nun in der „Nöte Fahne“ gegen uns gebraucht. Wahrheitslieblich hat man Kunde geroden, daß die Beleidigungsklage schon angestrengt ist und nun möchte man sich anders verhalten wissen. — Arbeiter von Anielingen! Angeht dieses moskowitzische Treiben rufen wir Euch zu: Die Augen auf! Leute, die die allgemeine Wohnungsnot nur zu ihrem eigenen Vorteil mißbrauchen wollen, können nicht Eure Vertreter sein. Solche Vertreter müssen herunter vom Rathaus, wo sie nichts verloren haben.

Heute Dienstag abend 8 Uhr findet wegen dieser Sache eine Versammlung im „grünen Baum“ statt. Alle Parteigenossen und Volkshreundliche sind eingeladen und werden ersucht, zu erscheinen.

### Kleine Nachrichten

**Paris.** Aus verschiedenen Teilen Frankreichs wird ein stellenweise starker Schneefall gemeldet. Hier liegen solche Nachrichten aus Lyon, Saint Etienne, Toulouse, Pau und Bourges vor.

**Neuyork.** Ein Wirbelsturm hat in der Nacht zum Samstag in Süd-Arkanas beträchtlichen Schaden angerichtet. Die Ernte wurde schwer beschädigt. Häuser wurden zerstört. Es sollen etwa 50 Tote und 100 Verwundete gemeldet sein.

### Aus dem Lande

**Mannheim, 18. April.** Zu der Schießerel in der Weinwirtschaft „zur Wingerstube“ wird mitgeteilt, daß die Wirtin, Frau Marie Auf, nicht infolge eines Schlaganfalles, sondern durch einen Brustschuß und innerer Verblutung gestorben ist. Der Täter, der 28 Jahre alte Volontär Dr. Hans Wöh aus Heidelberg ist verhaftet.

**Mannheim, 18. April.** Selbstmord. Am 5. ds. Mts. hat sich ein 55 Jahre alter geschiedener Straßenbahnführer von hier wegen Lebensüberdruß im Rhein ertränkt. Die Leiche wurde gefunden. — Gestern vormittag machte ein 77 Jahre alter Arbeiter in seiner Wohnung einen Selbstmordversuch, indem er sich durch einen Revolverbeschuß zu töten versuchte.

**Donaueschingen, 18. April.** Wie erst jetzt bekannt wird, erlegte sich am vergangenen Freitag sieben Uhr abends in der Kaserne des hiesigen Reichwehrtillens ein Angewandter. Ein erst vor wenigen Tagen eingetretener junger Soldat hat mit einer ihm gebührenden Selbstabseht aus Unvorsichtigkeit, in der Annahme, daß die Waffe nicht geladen sei, den Schützen Steinmayer aus Eßlingen in Thüringen erschossen.

**Hausach L. R., 18. April.** Der älteste Mann unserer Gemeinde, Valentin Uhl, ist im 88. Lebensjahre gestorben. Der Heimgegangene stand in den Revolutionsjahren 1848/49

unter Straube in den Reihen der Arbeitskämpfer. Der Mann ist in den letzten Jahren weit in der Welt herumgekommen und arbeitete u. a. in den Goldfeldern von Kalifornien. Zuletzt in England, kehrte er 1906 in das Einbacht zurück um in den heimatischen Bergen seinen Lebensabend zu verbringen.

**Kartmann, 18. April.** Zur Steuerung der Wohnungsnot sollen hier 10 Gebäude mit insgesamt 30 Wohnräumen mit einem Kostenaufwand von 17 Millionen Mark erstellt werden. Hierzu wird ein Bauzuschuß von 172000 M erwartet — Die hiesige Rebenzelle des Badischen Landesgewerbeamts soll aufgehoben werden.

**Walden, 18. April.** Nachts brannte das Anwesen der Zimmermannswitwe Karol Luttke nieder. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Die Grschädigte ist nur gerina verbrüht. — In Büdingen ergab eine freiwillige Sammlung von Haus zu Haus die schöne Summe von 2400 M zu Gunsten der durch das Großfeuer in Sunthausen Betroffenen.

### Strohküden und Schneefälle in Baden

Aus dem badischen Oberland liegen Nachrichten vor, daß in der Nacht vom Samstag auf Sonntag durch starken Frost an den Obstbaumblüten und auch an den Reben schwerer Schaden hervorgerufen worden ist. Am Sonntag morgen war das Thermometer auf 2-3 Grad unter Null gefallen. In der Nacht auf den Montag ist im Schwarzwald erneut Schnee gefallen, während es in der Rheinebene erregnet und teilweise auch gehaelt hat. Die hohen Schwarzwaldberge, wie der Feldberg und Belchen tragen ein dickes Schneefeld. Der Schnee heet bis in die Täler hinunter. Einzelmeldungen liegen wie folgt vor:

**Odenberg bei Offenburg, 18. April.** Durch den Frost in der Nacht zum Sonntag ist an den Reben großer Schaden verursacht worden. In den niederen Lagen soll der größte Teil bis zu 1/2 total erfroren sein. Auch die höheren Reberge sind nicht verschont geblieben. Anwohner die Kälte den Obstbäumen geschadet hat, läßt sich noch nicht feststellen.

**Wald, 18. April.** Wie die „Lohrer Zeitung“ aus Landwirtschaf freies erfährt, haben durch den Frost die Obstbäume so stark gelitten, daß kaum eine Ernte zu erwarten sein wird. Apfel- und Birnbäume haben die Kälte noch am besten überstanden.

**Weinheim, 18. April.** Der Frost hat großen Schaden verursacht. Die Reben dürften zum größten Teil erfroren sein, ebenso die Ästche der Rebstöcke. An den Weinbergen sind die jungen weichen Triebe vernichtet worden.

**Lauderbachsheim, 18. April.** Die Temperatur ist in der Nacht zum Sonntag bis auf 5 Grad unter Null gesunken; durch den Kälteeinbruch wurden die Obstansichten wesentlich verschlechtert.

### Aus der Stadt

**Karlsruhe, 19. April**

19. April 1882 † Charles Darwin, Naturforscher, in Down. — 1921) Annahme des ersten Reichsschulgesetzes (Grundschule) in der Nationalversammlung.

### Karlsruher Parteinachrichten

**Kreisverband des 5. Wahlkreises.** Die Mitglieder des Kreisverbandes werden zu einer wichtigen Sitzung am Mittwoch nachmittags 5 Uhr im hiesigen Tagungsaal eingeladen. Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich.

**Sozialdemokratischer Verein Karlsruhe.** Die Genossen, die noch im Besitz von Eintrittskarten zur Versammlung sind, werden ersucht, diese baldmöglichst an den Kassier, Gen. S. Lang, Kollertstraße 46, abzugeben. — Die Sekretariatsarbeiten für 1920 sind ebenfalls abguklärt.

**Bezirk Mittel- und Südweststadt.** Morgen Mittwoch, 20. April, abends 8 Uhr, in der „Krone“ Versammlung mit Vortrag des Genossen Koch über „Das Wohnungsproblem“. Auch wird die Beschäftigung des Rutzwerks besprochen.

### Versammlung der Friedensgesellschaft

Zu einer Protokollversammlung hat die Deutsche Friedensgesellschaft, unterstützt von den verschiedenen Gewerkschafts- und Angestelltenverbänden, sowie dem Reichsbund der Kriegsschädigten, gestern abend in den großen Saal der Festhalle eingeladen. Herr Harry Graf Kessler, früherer deutscher Botschafter in Warschau, sprach über das Thema: „Die Londoner Konferenz und die Arbeiterbewegung“ mit Worten, die auch von einem sozialistischen Arbeiter unterfrieben werden können. An die Spitze seiner Ausführungen stellte der Redner die Anerkennung der Arbeiterbewegung in Vorkriegszeit, die aus wirtschaftlichen und psychologischen Gründen auch im Interesse Deutschlands liegt. Auf dem bisherigen Wege können wir nicht zu einer Lösung der Weltkrise kommen, sondern nur auf dem Wege der Verständigung. Mit dem System der Gewalt muß endgültig gebrochen werden. Die Wiedergutmachungsfrage hängt mit dem Wiederaufbau der Welt zusammen. Sie kann nicht nach politischen, sondern nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt werden. Die Arbeiter sind es, die die Brücke der Verständigung bauen müssen. Nur wenn die Arbeiter national und international geschlossen vorgehen, kann die Welt aus den Schwerkeln herauskommen.

Am Schlusse dieser mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen legte der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Friedmann eine Resolution vor, in der es heißt:

Unter Abrechnung jeder nationalen Hege fordern wir, daß sofort mit dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gemäß dem Genfer Liebereinkommen zwischen den französischen und deutschen Gewerkschaftsorganisationen begonnen wird und eine wirklich internationale Konferenz von wirtschaftlichen Sachverständigen unter Hinzuziehung von bevollmächtigten Vertretern der organisierten Werktätigen einberufen und beauftragt werde, einen Plan aufzustellen für die Wiedergutmachung im Rahmen des Wiederaufbaus Europas im Sinne einer Weltbedarfswirtschaft. — Wir schließen uns daher dem Verlangen der Internationalen Gewerkschaftskonferenz an, das Zusammenkommen der Vertreter der Arbeiterorganisationen und Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes, aus technischen und industriellen Vertretern und den offiziellen Vertretern der beteiligten Länder, dem das Studium und die technische Durchführung des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete und der Weltwirtschaft anvertraut, und erwarten, daß die deutsche Regierung und alle in Betracht kommenden deutschen und internationalen Organisationen, insbesondere alle Organisationen der Werktätigen als Produzenten oder Konsumenten, mit ganzer Kraft die Verwirklichung dieser Forderung betreiben.

Die Versammlung hätte besser besucht sein dürfen. Immerhin waren 1000-1200 Personen erschienen, die sich mit den Grundfragen der Resolution einverstanden erklärten. In der Diskussion meldete sich nur ein Redner, der aber besser geschwiegen hätte.

Öffentliche Vorträge mit Lichtbildern. Auf die vom Bund Deutscher Architekten veranstalteten Vorträge sei auch an dieser Stelle hingewiesen. Thema und Zeit ist aus dem heutigen Inseratenteil ersichtlich.

Die Kasse der Goethestraße der Straßenbahn wird nach beiden Richtungen aufgehoben.

**b. Frühlingsfeier des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter.** Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter veranstaltete am Sonntag im „Kühlen Krug“ eine Frühlingsfeier, zu der die Verursangehörigen des Bezirks Mittelbaden äußerst zahlreich erschienen waren. Bezirksleiter Hilz begrüßte die Anwesenden und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch diese Feier zur Hebung des Zusammengehörigkeitsgefühls unter den Verbandmitgliedern beitragen möge. Ein eigens zum Ausschank gebrachter „Stoff“ sorgte bald für die gefällige Stimmung. Eine angenehme Augenweide war der von Forzheimer Kollegen vorgetrübte historische Brauer- und Küferars, wobei der zum Combrinus gekörnte Verbandsleiter eine äußerst gute Figur abgab. Das Rosenpiel „Der Geist in der Mühle“ gespielt von den Kollegen der Mühle Simmer, trug gleichfalls zur Hebung der Kameradschaft bei. — Einen nicht unerheblichen Teil zur Hebung der Kameradschaft dürfte sich der Kollektohr für die Hebung der Kameradschaft, der unter der hiesigen Führung seines Leiters, Herrn W. Effler, mit großer und stimmungsvoller wiedergegebenen Liedern erfreute. Herr Humorist J. J. J. und die verklärte Verbandskapelle taten das Uebrige um die Stimmung zu heben. Bei allen Teilnehmern war die wohlgeungene Veranstaltung in angenehmer Erinnerung zu bleiben.

**Der 1. Athletik-Sport-Club Germania — Sportfreunde e. V.** beteiligte sich am Sonntag, den 10. April, beim Gaufest des mittelbadischen Gau, des deutschen Athletik-Sport-Verbandes in Pörschheim und konnte sich dabei folgende Preise erringen: Den 1. Vereinspreis für die höchste Gesamtpunktzahl im Gewichtshoben und Ringen. Pufferpreise Oberstufe 1. Preis. Damentriege 2. Preis. Ebenfalls wurden Einzelpreise errungen im Gewichtshoben (Schwergewicht, schweres Mittelgewicht, leichtes Mittelgewicht, Leichtgewicht, Federgewicht, Jugendklasse, Alterstriege über 40 Jahre, sonst in Ringen in allen Klassen. Unter den Preisen befinden sich mehrere Erke.

**Die Wunder der Sternwelt.** Infolge des großen Andranges wird der am vergangenen Mittwoch stattgefundene Lichtbildvortrag „Die Wunder der Sternwelt“ von Hauptschriftleiter Hermann Bogusche nochmals, und zwar am Dienstag, den 23. April, abends 8 Uhr, im Eintrachtsaal stattfinden. In Anbetracht der sehr großen Nachfrage empfehlen wir jedermann, sich schon bei der Musikalienhandlung Fritz Müller, Ede Kaiser- und Waldstraße einen Platz zu belegen. Näheres wird in den nächsten Tagen im Anzeigenteil dieses Blattes veröffentlicht werden.

**Werte Karlsruher Künstler.** Auf die heute Dienstag abend 8 Uhr in der Eintracht stattfindende Aufführung von Werken Karlsruher Komponisten sei hiermit nochmals aufmerksam gemacht. Besonders sei darauf hingewiesen, daß die betreffenden Autoren zum Teil ihre Werke selbst dirigieren oder den Klavierpart ausführen werden. Karten sind auch noch am Saaleingang zu haben.

**Staatswissenschaftliche Kurse.** Wir machen noch besonders auf die wissenschaftlichen Ausläufe in den städtischen Höfen am Mittwoch, den 20. ds. Mts., 8 Uhr ab Mühlburger Tor, und Freitag, den 22. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr, zu Wolf u. Sohn, aufmerksam. Eine besondere Anmeldung ist nicht erforderlich. Auch Nichtlehrende der Kurse sind willkommen.

**Landestheater.** Die Oper steht mitten in den Vorbereitungen zur nächsten Aufführung von Wagners „Ring des Nibelungen“. Die Aufführungen beginnen am Samstag, 23. April, mit „Rheingold“ und werden am Sonntag, 24. April, mit „Waldmäre“, am Donnerstag, 27. April, mit „Siegfried“ und am Sonntag, 1. Mai, mit „Götterdämmerung“ fortgesetzt. — Der übrige Spielplan der laufenden Woche enthält eine Wiederholung von Gounods „Margarete“ am Mittwoch, 20. April, mit Frau Volt-Saith in der Titelpartie und Herrn Schwerdt als Faust und eine solche von Rosses erfolgreicher Oper „Francis Wilson“ am 22. April. Als nächste komische Oper befindet sich Adams „Postillon von Rommeau“ in Vorbereitung.

### Valute-Bericht vom 18. April

Markkurs in der Schweiz ca. 9.30. Auszahlung Holland notierte 21.8 M per fl. Auszahlung Schweiz notierte 10.88 M per schw. Fr. Auszahlung England notierte 24 1/2 M per £d. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte 4.50 M per fr. Fr. Auszahlung Neuyork notierte 62.80 M per Dollar.

### Weiternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 19. April 1921

Vorausichtliche Witterung für Mittwoch nacht: wolfig und kühl, keine wesentlichen Niederschläge.

**Umsatzstand des Rheins**  
Schifferinsel 48, gest. 11 Btm. Rehl 148, gest. 17 Btm. Maxau 281, gest. 6 Btm. Mannheim 154, gest. 6 Btm.

### Rekte Nachrichten

#### Vom demokratischen Parteitag in Baden

**Walden, Freiburg i. Br., 18. April.** Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Badens sprachen noch Reichwehrtillminister Gehler über das Thema „Nord und Süd“ und Reichstagsabgeordneter Dr. Haas über die politische Lage im Reich. Ersterer beklagte die Verfalltheit im deutschen Volke, auf die die Entente spekuliere. Er stellte demgegenüber den deutschen Gemeindefortschritt und wurde dabei liebhaft unterstützt von Senator Peterlen. Die bisherige französische Politik bedeute ein Demnis für die europäische Solidarität. Der Minister bekannte sich als ein Anhänger der Verständigung mit Frankreich auf der Basis: Gleich und Gleich. Dr. Haas erklarte in der Revision des Friedensvertrages das oberste Ziel unserer auswärtigen Politik. Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung in Preußen seien nicht auf Fehler des parlamentarischen Systems zurückzuführen, sie wären vielmehr die Folge des unpolitischen Sinnes des deutschen Volkes und einer falscherstandenen Methode des Parlamentarismus. Man müsse dahin kommen, daß die Regierungen nicht mehr in den Fraktionen gebildet werden. Minister Gummel behandelte die Verhältnisse in Baden, wo sich die Entwicklung zum Ordnungsstaat in ruhigen und sicheren Bahnen bewege. Durch die Stellungnahme zur Frage der Reduktion der Steuern seien die Beziehungen zum Reichsland Württemberg nicht getrübt worden. Den kommenden Landtagswahlkampf werde die demokratische Partei selbständig führen, unabhängig von jeder anderen Partei.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde die Auffassung der Welt über die wirklichen Ursachen des Krieges als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik bezeichnet, um dadurch den Boden zur internationalen Verständigung und zum dauernden Frieden vorzubereiten. Der von der Berliner Parteileitung eingeleitete Ausschuß, der gegen die unwahrhaftige Ententepropaganda wirken soll, wurde von der Versammlung begrüßt. Der Parteitag sprach ferner den Dank für ihre Tätigkeit aus und ging mit einem Hoch auf das badische und deutsche Vaterland aus.

Reichsminister Dr. Koch über die innerpolitische Lage

W. Mannheim, 18. April. Ein Mitarbeiter der 'Neuen Bad. Landeszeitung' hatte mit dem Reichsminister Dr. Koch anlässlich seines Aufenthalts in Karlsruhe und Darmstadt eine Unterredung, in der der Minister u. a. erklärte: Ich habe in Karlsruhe und Darmstadt festgestellt können, wie besonnen und maßvoll die Regierungen dieser Länder urteilen und welches Verständnis sie den Maßnahmen entgegenbringen, mit denen die Reichsregierung den Schwierigkeiten zu begegnen sich bemüht.

Zum Kommunistaufstand in Mitteldeutschland erklärte der Minister: Die zur Unterdrückung des Aufstandes vom Minister Eberling getroffenen Maßnahmen sind kraftvoll und wohlüberlegt gewesen. Die Frage, ob Reichswehr oder Schutzpolizei einzusetzen war, sei eine Frage der Zweckmäßigkeit. Im großen und ganzen solle man sich auch hüten, die Reichswehr allzu häufig in innerpolitische Kämpfe zu verwickeln. Im übrigen lehne er jede Verantwortung der Reichsregierung ab. Es werde immer vergessen, daß Deutschland ein Bundesstaat ist, und namentlich die größeren Länder an der Selbständigkeit ihrer Verwaltung und ihrer Polizei mit großem Nachdruck festhalten.

Zur Frage der Umsturzbewegung erklärte der Minister: Wenn es der gegenwärtigen Staatsgewalt nicht gelingt, solche linksdeutsche, die ihren Nährboden in der Verschlechterung unseres wirtschaftlichen Lebens haben, und diesen erneuten Erschütterungen mit Nachdruck Herr zu werden, so nimmt in vielen Kreisen der Bevölkerung der Ruf nach einem starken General oder Monarchen zu. Diese Gefahr ist unvermeidbar. Die Gefahren, die von links drohen, sind politischer Art, die von rechts politischer. Beruht die Reichsregierung, die Ordnung in Deutschland aufrechtzuerhalten, so wirkt sie damit auch an dessen für die Aufrechterhaltung der heutigen Staatsform.

Bildung des Uebergangsinisteriums in Preußen gescheitert

Berlin, 19. April. Die Bildung des preussischen Uebergangsinisteriums, das aus Zentrum, Demokraten und Beamten zusammengesetzt ist, ist gescheitert. Die demokratische Fraktion beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, an einem solchen Kabinett nicht zu beteiligen. Minister Hildebrand wird deshalb in das Ministerium nicht eintreten. — Dem 'Berl. Tagblatt' zufolge verläßt Stegerwald ein reines Beamtenministerium zu bilden. — Nach einer Version, die die 'Vossische Zeitung' wiedergibt, seien Bestrebungen im Gange, ein Kabinett auf der Grundlage der alten Koalition herzustellen. Die Ausschüsse der Weidert-Br. der alten Koalition werden von dem Blatt als günstig bezeichnet.

Lohnbewegung der Ruhrbergleute

Berlin, 18. April. Die Verhandlungen im Bergwerksrevier haben zu keinerlei Einigung geführt. Im Interesse der allgemeinen Arbeiterverbände soll eine allgemeine Richtlinie erlassen werden über die vorliegenden Vorschläge über Lohnveränderungen angestrebt werden.

Deutsche Protestnote gegen das Rheinland-Zollregime

Berlin, 18. April. Die deutsche Friedensdelegation hat der Konferenz folgende Note überreicht, die auch den Regierungen in London, Paris, Brüssel und Rom zugegangen ist. Die von den vier alliierten Hauptmächten und Belgien nach dem Scheitern der Londoner Konferenz beschlossene Einführung eines besonderen Zollregimes in den Rheinlanden ist in der

Form einer Ordnung durch die Interalliierte Rheinlandskommission vom 9. ds. Mts. nunmehr verfügt worden.

Die deutsche Regierung hat zugleich nach Androhung der Strafmaßnahmen gegen die beabsichtigten Änderungen feierlichst die Verwahrung eingelegt, da sie nach ihrer Meinung gegen den Vertrag von Versailles und gegen das Völkerrecht verstoßen. Nunmehr hat die Interalliierte Rheinlandskommission, die von den alliierten Mächten mit der Einführung eines besonderen Zollregimes beauftragt worden ist, den Versuch gemacht, diesen Maßnahmen den Schein der Vertragsmäßigkeit zu geben, indem sie sich zu diesem Zwecke der Rechte und Befugnisse bedient, die ihr das Rheinlandsabkommen für ganz andere Aufgaben gewährt, und indem sie die Anordnung in Form einer Ordnung gemäß Artikel 3 des Abkommens liest.

Indessen genügt auch diese juristische Form der Anordnung nicht die ihr fehlende rechtliche und vertragliche Grundlage. Die Ordnung stellt vielmehr nach Form und Inhalt

eine neue skandalöse Verletzung des Vertrages von Versailles und des Abkommens über die militärische Befestigung der rheinischen Gebiete dar.

Das räumliche Zuständigkeitsgebiet für die Wirksamkeit der Interalliierten Rheinlandskommission überhaupt und für die von ihr erlassenen Verordnungen ist im Rheinlandsabkommen fest umschrieben: Es umfaßt nur das linke Rheinufer und die Rheinstädte Mainz, Koblenz und Aßlar. Es ist ein Verstoß gegen diese Bestimmung, wenn die Rheinlandskommission ihrer Verordnung Geltung heilegen will für die neu besetzten rechtsrheinischen Städte und den zwischen den Rheinstädten Mainz und Koblenz liegenden sogenannten Rachenbals. Artikel 270 des Vertrages von Versailles gestattet den alliierten und assoziierten Mächten die Einführung eines einseitigen Zollregimes für die besetzten Gebiete nur unter der Voraussetzung, daß eine solche Maßnahme erforderlich erscheint, um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete zu wahren. Die beteiligten Mächte und die Rheinlandskommission haben aber gar nicht verstanden, die Maßnahme mit der Notwendigkeit der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der besetzten Gebiete zu rechtfertigen. Sie haben sie vielmehr als Repressalie und als Strafmaßnahme charakterisiert.

Vom Kommunisten und Räuberhauptmann Hötz

W. Berlin, 18. April. In einer Stadt der Provinz Hannover ist jetzt das Gesicht der Frau Ediz entsetzt, beschlagene und unterdrückt worden. Außer Wäsche, kostbaren Kleidungsstücken, sehr guten Schuhen, einer silbernen Handtasche, einem silbernen Zigarettenetui, silberner Federkugelschreiber usw., sowie einer neuen lederen Handtasche, befanden sich einige falsche Papiere darin.

Mag Hötz verhört

Berlin, 18. April. Privat. Mag Hötz wurde nach der Ueberführung ins Koalitzer Kellergesamtsgefängnis verhört. Er war sehr zurückhaltend und gab nur zu, was ihm einwandfrei nachgewiesen werden konnte. Von den geraubten und erpreßten Geldern wurden bisher insgesamt nur 7000 M. vorgefunden, ebenso sind Schatzkisten, die als Dokumente dienen würden, daß Hötz der Organisator des kommunistischen Pörschens und die Dynamitantentatete leitete, noch nicht aufgefunden.

Der Polizeipräsident hat eine Bekanntmachung, in der es heißt: Der Vandalenführer Mag Hötz ist schmerzlich zu bedauern, da er sich durch seine Verbrechen, die auf seinem Schuldenkonto stehen, unabweisbar als die treibende Kraft bei den Ruhrunruhen, durch Wort und Schrift hat er zu bewaffneter Gewalt, zu Dynamitantentaten und anderen hochverräterischen

Unternehmungen aufgefordert. Es gilt jetzt, ein kündenloses Bild von dem gemeingefährlichen, volksverderblichen Treiben des Hötz zu erhalten, damit alle Straftaten, deren Hötz sich schuldig gemacht hat, die gebührende Sühne vor dem Strafgericht finden. Für aufklärende Mitteilungen, die zu einer Verurteilung des Hötz führen, sehe ich 50 000 M. Belohnung aus.

Oberschlesische Zustände

W. Benthien, 18. April. In Schömburg bei Bentzen drangen in letzter Nacht mehrere Banditen in die Wohnung des Gemeindevorsteheren ein und zwangen ihn mit vorgehaltenen Waffen zur Herausgabe von Anzügen, Wäsche, Schmuck usw. Sie bemächtigten sich des im Keller liegenden Weines und hielten dort ein Festgelage ab. Ein Beamter der Ortspolizei und der Rentamt der Krankenkasse, die morgens zum Dienst erschienen, wurden von ihnen abgefangen und der Rentamt wurde zur Herausgabe des Kassenschlüssels gezwungen. Den Räubern fielen annähernd 60 000 M. Bargeld in die Hände, mit denen sie verschwunden sind.

Eine Kreditaktion Oesterreichs beim Völkerbund

Wien, 17. April. Nach ihrer Vorstellung beim Bundespräsidenten wurden die Delegierten der Finanzkommission des Völkerbundes vom Bundeskanzler Dr. W. A. in Anwesenheit des Finanzministers und des Ministers für Volksernährung empfangen. Der Bundeskanzler sprach dem Völkerbund den wärmsten Dank für die Bereitwilligkeit aus, sich der für Oesterreich lebenswichtigen Aufgabe der Wiederherstellung des österreichischen Kreditwesens zu unterziehen. Die österreichische Regierung sei sich bewußt, daß es vor allem ihre Sache und Pflicht sei, mit aller Kraft an der staatsfinanziellen Sanierung zu arbeiten. Der Kanzler richtete an die Finanzkommission des Völkerbundes die Bitte, ohne Verzug mit den maßgebenden finanziellen Kreisen in Verbindung zu treten, um die Kreditaktion durchzuführen, sobald die formellen Voraussetzungen erfüllt seien.

Ein chinesische Abordnung in Paris

Paris, 18. April. Hier ist eine chinesische Abordnung, geführt vom ehemaligen Ministerpräsidenten Tschü Tschü, einetroffen. Der offizielle Auftrag besteht darin, der französischen Regierung und der Universität von Paris für die Verleihung des Titels eines Ehrendoktors an den Präsidenten der chinesischen Republik zu danken. Des weiteren hat die Abordnung die Aufgabe, Beziehungen anzubahnen, um die wirtschaftliche Industrie in China neuzeitlich zu gestalten. Die Abordnung verbleibt 14 Tage in Paris und wird morgen vom Präsidenten empfangen werden.

Schrittsetzung: Georg Schmitt. Verantwortlich: für Artikel Politische Ueberblick und Letzte Nachrichten Hermann Kadel für Politische Politik Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Kartel, Gerichtszeitung und Neuesten Vermann Winter; für die Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Kunst und Sport, Preislisten Josef Hiesler; für den Anzeigen Teil Gustav Krauer, sämtlich in Karlsruhe.

Wird in 4 Seiten... Bei 5 n. mehr Seiten... Vereinsanzeiger... Karlsruher (Gesangverein 'Gleichheit'). Mittwoch und Freitag 1/2 Uhr Singstunde in der Schillerstraße. Die Sänger werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. 3831

Kohlen-Ausgabe.

Die bei H. Hoyer eingetragenen Kunden von Nr. 1 bis 300 können am Mittwoch, den 20. April, von mittags 1 Uhr ab: 2 Zentner Braunkohlen-Briketts 'Union' zum Preise von 16.60 Mark je Zentner und 1 Zentner Bresh-Kohle II zum Preise von 30.20 Mark ab Lager, Weingartenstraße, erhalten. Zufuhr vor's Haus 0,90 M., frei Keller 1,40 M. je Zentner mehr. Durlach, den 19. April 1921. 3837

Bruchsaler Anzeigen.

Konsumverein Bruchsal u. Umgeb., e. G. m. b. H. Büro u. Centrallager Kaiserstraße 42. Telefon 40. Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

- Bienenhonig, gar. rein, 1 Pfd. Glas 16.50
Frühe Pardeier . . . Stück 1.60
Schweinefleisch, amerik. . . Pfd. 10.80
deutsch, gar. rein . . . 12.-
Kofosfett, offen Pfd. 10.-, 1 H. Dose 21.-
Pflanzbutter in Tafeln . . . Pfd. 10.50
Palmin . . . 11.-
Margarinebutter . . . Pfd. 8.-, 10.-, 12.50
Maccaroni . . . Pfd. 7.50
Schnittmehl . . . 7.50
Nörten . . . 2.60
Käsefloden . . . 2.60
Suppeninlagen (Grapen) Pfd. 2.50, 2.70
Naisgrieß, weiß . . . Pfd. 2.80
Reis . . . Pfd. 2.-, 3.-, 3.50, 4.-, 5.-
Corned beef . . . Pfd. Dose 6.-
Salatöl, gar. rein, Marke Sejam, Lit. 20.-
Kaffee, gebr. Pfd. 20.-, 22.-, 24.-, 30.-
Kernseife, Doppelstück ca. 300 Gr. . . 3.20
Pfund-Stücke 78% . . . 10.-
Toiletteseife . . . Stück von 2.- bis 6.-
Seifenpulver . . . Pfd. Palet 2.20
Marke Blühweiss 1/2 Pfd. Palet 1.80
Namos, eigenes Fabrikat für Perül 3.50
Perül . . . 4.-
Seifenpulver, offen . . . Pfd. 1.-
Fettlaugeemehl . . . 1.50
Wagelkohl . . . 2.50
Teigwaren aus unserer eigenen Fabrik
Maccaroni, Nörten, Schnittmehl
Suppenmehl . . . Pfd. 9.-
Mitglieder, vergleicht die Waren und die Preise und macht Eure Einkäufe in Euren eigenen Geschäft. 3831

An der Wirkung, wie Ihr seht, Erkennt man Sinner-Qualität! Sinner Backpulver. Die Qualität Marke.

Pilo der hervorragende Schuhputz in der altbewährten Qualität jetzt wieder überall erhältlich. Hersteller: Alf Krebs Mannheim.

Leinen- u. Sommerkleider reinigt und färbt in allen Farben und nach Muster Karl Timeus Färberei und chemische Waschanstalt. Maderstr. 21 Kaiserstr. 66. Tel. 2828. Mädlge Preise. 3385

Gehrock-Anzüge auch einzelne Gehrocke, Sacco-Anzüge, Heberliche, auch für Burschen, eins. Hosen und Westen, versch. Sammetkleider und Mäntel, einzelne Hosen billig abzugeben. Axelrad, Eisenweinstr. 22, II. 32

Kartoffeln markenfrei, sind in kleineren Quantums in meinen Filialen, größ. Quantums in meinem Lager. Jähringerstraße 42 44 erhältlich. Bucherer. Tel. hon 392.

Bekanntmachung. Vom Mittwoch, den 20. April ab, wird die halbe, alle Viertelstraße in beiden Fahrtrichtungen aufgehoben. 960. Stadisches Baugamt.

Lausche meine 2-Zimmerwohnung mit Zubehör (Garten) geboten für Kleinbuch zu haben, billige Miet, gegen eine 2-3 Zimmerwohnung in Mühlburg oder Weststadt. Angebote unter Nr. 3817 an das Volksfreundbüro erbeten.

Wir empfehlen: Prima Ziegenfleisch Pfund 8-9 Mk. sowie jeden Tag frische Leber, Lunge, Herz, Nieren u. Sülz, zu den billigsten Tagespreisen. 3834

Wo kaufe ich meine gebr. Anzüge, Heberliche, Mäntel, Hosen, Weste, Röcke usw. bei N. Graf 2186 Kaiserstr. 67. Eing. Waldhornstr.

Al. Graf 2186 Kaiserstr. 67. Eing. Waldhornstr.

Gebr. Hagenauer Regerei und Bucherei Warenstraße 46. - Tel. 4001. -

Wir empfehlen: Prima Ziegenfleisch Pfund 8-9 Mk. sowie jeden Tag frische Leber, Lunge, Herz, Nieren u. Sülz, zu den billigsten Tagespreisen. 3834

Durlacher Anzeigen. Kohlen-Ausgabe. Die bei Joh. Kraus u. Co. eingetragenen Kunden von Nr. 450 bis 662 und von Nr. 1 bis 100 können am Mittwoch, den 20. April, von mittags 1 Uhr ab: 1 Zentner Mitteldeutsche Braunkohlen-Briketts zum Preise von 16.10 Mark und 1 Zentner Braunkohlen-Briketts 'Union' zum Preise v. 16.60 Mark, ab Lager, Weingartenstraße, erhalten. Zufuhr vor's Haus 0,90 M., frei Keller 1,40 M. je Zentner mehr. Durlach, den 19. April 1921. 3837

Verlangen Sie überall Pilo-Extra (friedensmässig hergestellt) Höchste Preise für Kleider, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Teppiche, Gardinen etc. etc. S. Axelrad Telefon 3980 Eisenweinstr. 22, 2. St. Joppe und Gut für 14-jähr. Jungen zu verkaufen. Zulfenstr. 24, 4. St. r. Klappspornwagen gut erh., bill. zu verf. 3838 Waldhornstr. 22, III. r.

Ausgabe der Scheine für den Brot- und Mehlbezug. Die Ausgabe der Scheine für den Brot- und Mehlbezug für die Zeit vom 26. April bis 25. Mai d. J. findet in folgender Weise statt: Am Freitag, den 22. ds. Mts. vormittags von 9 bis 11 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben A bis mit F nachmittags von 2 bis 6 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben G, H und K. Am Samstag, den 23. ds. Mts. vormittags von 9 bis 11 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben J, L bis mit R und Z nachmittags von 2 bis 6 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben S, Sch bis mit W. Jede Familie hat zwecks Empfangnahme neuer Scheine den Lebensmittelausweis mitzubringen. Am Interesse einer ordnungsgemäßen Abwicklung der Geschäfte ist es unbedingt erforderlich, daß die Familien zu der für den betreffenden Buchstaben bestimmten Zeit erscheinen. Wer die ihm zutreffenden Scheine am Ausgabetermine nicht abholt, bekommt bei späterer Abgabe eine entsprechende Anzahl Wertmarken abgezogen. Durlach, den 19. April 1921. 3836 Kommunal-Verein Durlach, Stadt.

